



Tag der Arbeit



© Illinois State Museum

1. MAI 1886, HAYMARKET RIOT FÜR DEN 8 STUNDEN TAG IN CHICAGO(USA)

MEHR: [HTTP://DE.WIKIPEDIA.ORG/WIKI/HAYMARKET_RIOT](http://de.wikipedia.org/wiki/Haymarket_Riot)

NO GO II

Siegfried Kampf ist ob seiner Aussagen zurückgetreten. Ein Schritte, der keiner besonderen Anerkennung bedarf, da dies ein Mindestmaß darstellen muss in einer funktionierenden Demokratie.

Nun, stellt sich dieses NO GO auch für Gudenus mit seiner Infragestellung der Existenz von KZ während der NS-Diktatur.

Auch hier ist das Mindestmaß zu erwarten und der oberste Repräsentant der Republik – Bundespräsident Dr. Heinz Fischer – hat dies bei der 60. Jahres Feier auch unmissverständlich und klar ausgedrückt: Es kann nur einen selbstverständlichen Rücktritt geben.

Christian Neugebauer

PS: Im Übrigen gehört die Spenden-
absetzbarkeit eingeführt.

Inhalt:

NGO der Woche

ai.academy 3

Tag der Arbeit

Intro 4

?? Prekär Arbeiten, Prekär Leben ?? EUROMAYDAY 5

Das STIGMA von „am Sand“ 6

„ARBEITSLOS?“ Katarzyna Landa 8

Erwerbsarbeitslosigkeit ist kein individuell verursachtes Schicksal,
sondern ein gesellschaftliches Problem! Christian Moser 10

Keine Zaubermittel, aber... ; Roman Valent 12

Dienstleistungen: der entfesselte Markt? Christoph Sykora 14

Vollzeit-Erwerbstätigkeit von Frauen wird in Frage gestellt

Sandra Frauenberger 15

Der Erste Mai, was danach geschah und wo wir heute stehen;

Josef Wallner 16

Arbeitslosen-anwaltschaft soll Rechte von Arbeitssuchenden stärken!

LABg. Norbert Scheed 18

Besser irgendeinen Job als gar keinen? Eva Scherz 19

Karenz und Karriere; Mag. Claudia Schwab 21

Brieflose, Wertlose, Arbeitslose? Ing. Peter Gluchi 23

Eins, Zwei oder Drei... Leider sind nicht viele Plätze frei

Mag.(FH) Michael Reiter 24

Zeichen gehören gesetzt! Mag.a Monika Haider 26

Berufene ohne Beruf in Österreich; Martin Luksan 28

„You did not tell me“ Gedanken zur Begegnung europäischer

Arbeitsethik und afrikanischer Realität; Georg Sticker 29

Arbeitslosigkeit macht depressiv; Dr. Albert Wuschitz 30

Arbeit u. Beschäftigung in Österreich; Abg.z.NR Christine Marek 32

Arbeitslosigkeit hat höchste politische Priorität,

Abg.z.NR Heidrun Silhavy 34

Termine zum Tag der Arbeit 36

Diskurs CSR

CSR – Dialog verbreitern; Roman H. Mesicek
(Projektleiter Initiative „CSR Austria“) 37

Kommentar

Wozu brauchen wir ein Asylgesetz? Michael Genner 38

OENWE

Der Business Case CSR, Mag. Martin Neureiter 39

Die Vortagsreihe des OENWE 2005 40

Vermischte Meldungen/Personalia 41/42

Fair use: 43

VORSCHAU

Schwerpunktthema:

Sozialmarie

Impressum

Glocalist Review : Digitale
Wochenzeitschrift für
NGO&NPO-Management,
Politik, Ökonomie und Kultur;
Gegr. 2003
Medieninhaber und Verleger:
„arbeitsraum-philosophie“
agentur für analoge & digitale
kommunikationswirtschaft GmbH
Herausgeber:
Dr. Christian Neugebauer
Redaktion: A-1030 Wien,
Barmherzigeng. 17/6/1;
oder per Mail an
redaktion@glocalist-review.com

Anzeigenverwaltung:

0699/11 88 16 43
anzeigenleitung@glocalist-review.com

Abo-Service:

office@glocalist-review.com
<http://www.glocalist-review.com/abonnement.php>

Bezugsabmeldung nur zum Ende des vereinbarten Zeitraumes mit sechs-wöchiger Kündigungsfrist.

Internet:

www.glocalist-review.com

Mail:

office@glocalist-review.com

Bankverbindung: BLZ 20111
Kto: 2826 234 1100

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte und LeserInnen-
briefe wird keine Haftung und
Gewährleistung übernommen.
Der Herausgeber und die
Redaktion behalten sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge drücken nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion aus und für diese Beiträge und ihren Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die Autorinnen.

ai.academy

Die Bildungseinrichtung von amnesty international Österreich für Menschenrechte und Aktivismus.

Von Barbara Weber, Leiterin ai.academy

Menschenrechte stellen ein System grundlegender Werte dar, um ein Zusammenleben in Freiheit, Sicherheit und Frieden für alle zu gewährleisten. Weltweit engagieren sich Millionen Menschen auf unterschiedlichste Weise für die Einhaltung der Menschenrechte. Sie werden auch im politischen und wirtschaftlichen Kontext zunehmend zum Handlungsmaßstab. Fundiertes Wissen und Fähigkeiten für die Durchsetzung der Menschenrechte einzutreten, werden immer wichtiger. Dafür braucht es professionelle Bildungsangebote.

Im Herbst 2004 hat die ai.academy ihre Pforten geöffnet. Sie ist weltweit die erste Einrichtung dieser Art von amnesty international. Zahlreiche Veranstaltungen waren gleich im ersten Programm ausgebucht, für einige konnten Zusatztermine angeboten werden. Ein gutes Zeichen, denn offensichtlich gibt es in Österreich einen großen Bedarf an Veranstaltungen und Weiterbildungsmaßnahmen zu Menschenrechtsthemen.

Die ai.academy bietet eine praxisorientierte, breite Auseinandersetzung mit Menschenrechtsthemen. Sie ist für alle Interessierten offen. Es geht nicht darum, eine akademische Ausbildung zu ermöglichen, sondern Angebote zu schaffen, die leicht verständlich und kompakt in die Thematik einführen und je nach Interesse zu ver-

schiedensten Themen eine Vertiefung ermöglichen.

Das aktuelle Frühjahrsprogramm der ai.academy macht Menschenrechte aus verschiedensten Perspektiven fassbar: zivilcouragiertes Handeln ist ebenso Thema wie ein philosophischer Zugang zu Menschenrechten. Hard Facts über österreichische Flüchtlingspolitik oder eine kritische Beleuchtung der Menschenrechtsarbeit der EU sind ebenfalls Bestandteil des neuen Programms.

Speziell für Jugendliche hat die ai.academy eigene Trainings und Workshops entwickelt, die sie dabei unterstützen, in der eigenen Umgebung für Menschenrechte aktiv zu werden.

Abgehalten werden die Trainings vor allem in Wien und in Salzburg, die Vortragenden sind nationale und internationale ExpertInnen, die seit Jahren in diesem Bereich tätig sind. Die Kursgebühren sollen für jede/jeden leistbar sein, sie liegen zwischen 18,- und 70,- Euro.

Der Anfang ist, mehr über Menschenrechtsprobleme oder Menschenrechtsverletzungen zu erfahren, aktiv und inhaltlich fundiert dagegen aufzutreten, ist der nächste wichtige Schritt. Und genau dabei wollen wir die TeilnehmerInnen der ai.academy begleiten.



BARBARA WEBER

Das aktuelle Kursprogramm (März '05 - Juni '05) der ai.academy gibt es zum downloaden auf der Website www.ai-academy.at

Informationen und Beratung

amnesty international Österreich
ai.academy
Moeringgasse 10
1010 Wien

Tel.: 01/78008
<mailto:service@ai-academy.at>

ai.academy

TAG der ARBEIT

Arbeit und die Frage von Beschäftigung sind in Europa zentral. Angesichts von Rekordarbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen zeichnet sich eine allgemeine Verarmung wie Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ab, denn Österreich zählt nach wie vor zu den zehn wohlhabendsten Nationen der Welt. CARITAS, Volkshilfe und Armutskonferenz, um nur einige NGOs zu nennen, werden zum Glück nicht müde auf die Lage aufmerksam zu machen und auch konkrete Abhilfe zu schaffen.

Besonderer Anlass war die Tagung der AK Wien am 8. April zur Schaffung eines Arbeitslosenanwalt/anwältin resp. ErwerbslosensprecherIn, welche ein überaus großer Erfolg beschieden war: Rund 110 TeilnehmerInnen kamen, um die Frage des ErwerbslosensprecherIn konkret und umsetzungsorientiert zu diskutieren. Der GLOCALIST REVIEW hat über die Aktivitäten zur Einrichtung des/der ErwerbslosensprecherIn mehrfach berichtet und begleitet diesen Diskurs fördernd. In die-

sem Zusammenhang möchten wir noch einmal auf unsere Aktion für Erwerbslose in Österreich hinweisen: Jede/r Erwerbslose erhält den GLOCALIST kostenfrei und ohne jegliche Verpflichtung sowie ein kostenfreies Stelleninserat (500-600 Zeichen). Darüber hinaus stellt der GLOCALIST dieser Debatte Diskursraum zur Verfügung.

Der GLOCALIST hat die GLOCALIST Community zum offenen Diskurs „Arbeit“ eingeladen und die Reaktionen waren überwältigend, wie die nachfolgenden Seiten dokumentieren. Es ist ein Thema, das brennt und betroffen macht. Die Herausforderung ist, sinnvolle Beschäftigung zu schaffen und hier sind alle Akteure aufgerufen, Antwort zu finden. Wir hoffen mit diesem Schwerpunktthema einen Beitrag zu leisten und sehen der weiteren Diskussion wie Dialog entgegen und freuen uns daher über Beiträge, Reaktionen und Kommentare.

Christian Neugebauer

?? Prekär Arbeiten, Prekär Leben ??

Von EUROMAYDAY

„**M**ayDay! MayDay! Wir sind das Prekariat! Auf Abruf verfügbar, nach Belieben auszubeuten und kündigbar nach Lust und Laune: Wir sind wendige JongleurInnen unserer Jobs, wahre Schlangenmenschen der Flexibilität. Aber seid auf der Hut: Wir sind drauf und dran, unsere prekären Kämpfe zu vernetzen!“

Der Begriff der "Prekarität" ist ebenso wenig neu, wie der Sachverhalt, dener bezeichnet. Für viele, insbesondere Frauen und MigrantInnen, ist er schon seit langem alltägliche Normalität. Nichtsdestotrotz gewinnt die Entsicherung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen unter den gegenwärtigen Bedingungen des neoliberalen Umbaus eine neue Qualität: Prekarität erfasst die Gesellschaft zusehends in ihrer Gesamtheit.

"MayDay!" - das Alarmsignal von in Seenot geratenen Schiffen - haben wir jedoch nicht bloß deshalb zum "Schlachtruf" erkoren, um diesen Zustand zunehmender Verletzbarkeit zu betonen. "Mayday!" wird auch die Losung unseres Kampftags, des 1. Mai, sein. Von den traditionellen Maiaufmärschen werden sich unsere Aktivitäten an diesem Tag durch lautstarke, bunte und kreative Formen des Kampfes und der Organisation unterscheiden. Aber auch durch die Verschiebung des inhaltlichen Schwerpunkts von einer abstrakten Feier der Arbeit hin zur Auseinandersetzung mit der konkreten Prekarisierung von Arbeit und Leben.

Um Repräsentation durch Selbstermächtigung, Einfachheit durch Vielheit zu ersetzen, wählen wir offene und möglichst hierarchiefreie Aktionsformate.

Damit sollen die verschiedensten Aspekte der gegenwärtigen Prekarisierungsprozesse der Unsichtbarkeit entrisen und verhandelbar gemacht werden; nicht um die Unterschiede zu nivellieren, sehr wohl jedoch um den vorherrschenden Zustand der Fragmentierung und Vereinzelung zu überwinden und eine Basis für gemeinsames politisches Agieren zu schaffen.



Denn das, was die zu Niedrigstlöhnen schuftende Supermarktangestellte und der sich durch geringfügige Jobs und unbezahlte Praktika wurstelnde Student, was die sozialversicherungslos werkelnde Kulturarbeiterin und der unter ständigen Disziplinarandrohungen stehende Erwerbsarbeitslose, was die papierlose und dadurch umfassend entrechtete Sexarbeiterin und der nicht bloß freiberuflich arbeitende, sondern auch von längerfristigen Perspektiven "befreite" Webdesigner sowie alle ihre Zwischen- und Mischformen gemein haben, ist eben jenes sehr unterschiedlich ausgeprägte Moment der Prekarität. Gemeinsam ist ihnen aber auch der Wunsch nach sozialen Sicherheiten für ein Leben, das flexibel, aber ohne den fremdbestimmten Zwang zur Flexibilität gestaltet werden kann.

Der Euro-MayDay soll als Initialzündung für eine stärkere Vernetzung unserer prekären Kämpfe fungieren und das kollektive Bemühen um soziale Rechte - unabhängig vom jeweiligen Beschäftigungs- und Aufenthaltsstatus der Betroffenen - vorantreiben. International vernetzt werden deshalb auch heuer wieder in unzähligen europäischen Städten hunderttausende Menschen am 1. Mai auf die Straße gehen. Und auch wir rufen Euch alle dazu auf, gemeinsam mit uns die erste Euro-MayDay-Parade in Wien zu gestalten.

Denn dem prekären Arbeiten und Leben kann nur mittels einer Bündelung unserer Kämpfe begegnet werden, um die sie befördernden Verhältnisse zum Tanzen zu bringen! ■

!! Prekär Kämpfen, Prekär Tanzen !!

Mehr unter
<http://www.euromayday.at>

Das *STIGMA* von



Menschen ohne Erwerbsarbeit sind bei uns stigmatisiert. Arbeit ist identitätsstiftend und die hauptsächliche Quelle des Selbstwertgefühls, darüber herrscht in einer Gesellschaft, die Arbeit zum Fetisch erhoben hat, Einigkeit.

Denen, die nicht im Arbeitsprozess stehen, wird stets - bewusst oder unbewusst - persönliches Versagen zugeschrieben. Wer will, kriegt schon Arbeit: Dies ist der Tenor der ganzen Bandbreite von laienhaften bis professionell dünkenden Stellungnahmen zum Thema in der Öffentlichkeit. Jeder kennt irgendwen, der es doch geschafft hat. Aus Eigeninitiative oder via arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, deren angebliche Absolventen uns auf Hochglanzbroschüren anlachen.

Durchwegs unterstellt man den Betroffenen, dass sie sich nicht ausreichend bemühen, die Qualifikation scheint nie zu passen: sei es, dass sie zu gering oder gar zu hoch ist. Die AnwärterInnen sind, scheint, unfähig, sich auf die wechselnden Anforderungen des Arbeitsmarktes einzustellen. Arbeitslose sind nicht flexibel genug, wird ihnen beschieden, sie können nicht mit der Entwicklung schritthalten. In einer Welt, in der allein die Wettbewerbsfähigkeit über die Position in der Gesellschaft entscheidet, tragen sie vorweg den Stempel des Nutzlosen, Alten, unbrauchbar Gewordenen, oder dessen, nach dem gar nicht erst gefragt wird. Sie sind nicht verwertbar.

"Baby, you are out of time", signalisiert man ihnen, wenn auch verhöhlen, "du hast das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht begriffen, hast verstoßen gegen das Gebot deiner 2. Natur, die die Marktwirtschaft ist. Also werde, was du bist, orientiere dich um, pass dich ein ins Getriebe, damit du wieder eine wertvolle und verwertbare "Humanressource" wirst. There is no alternative."

Das AMS hält Abhilfe bereit. In meist sinnlosen, aber dafür umso teureren "Coachings" wird dem freiwillig oder unfreiwillig Beglückten erklärt, was er bisher falsch gemacht hat. Simple, mitunter sogar sehr schlicht anmutende Rezepte sollen die zukünftige Performance in Bewerbungssituationen gewährleisten. "Sie müssen lernen, sich richtig zu verkaufen", verraten die - oft bestenfalls

semiprofessionellen - Trainer. "Bringen Sie ihre Persönlichkeit zur Geltung, präsentieren Sie ihre Stärken, lavieren Sie ihre Schwächen, dann stellt der Erfolg sich schon ein." Die bestallten Experten schöpfen tief aus dem Fundus ihrer Kurzschlussideologie.

Auch wir haben sattem Erfahrung mit diversen Coachings, Trainings etc., die uns in regelmäßigen Abständen verordnet werden. Sie dienen der statistischen Verhübschung und weisen ein stets gleiches Strickmuster auf, wie auch immer sie heißen.

AMSand hat sich aus einem Stammtisch von Erwerbsarbeitslosen gegründet, die vom AMS frustriert waren und sich mit Leidensgenossen zusammenschließen wollten. Wir tauschten unsere Erfahrungen aus und gewannen so eine politische Perspektive auf unsere Probleme, die wir als gemeinsame erkannten.

Eckpunkte unserer Betrachtungsweise sind:

Die steigende Produktivität:

das gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumen schrumpft zusehends und keine arbeitsmarktpolitische Maßnahme kann diesen Trend umkehren; die Arbeit geht der Gesellschaft aus.

Massiv schlechter werdende Arbeitsbedingungen: durch den massiven Abbau der sozialen Sicherungen und das Ausrichten der Politik ausschließlich an den Bedürfnissen und Anforderungen der Konzerne werden die Arbeitsbedingungen jener Menschen, die noch Erwerbsarbeit haben, zunehmend schlechter.

Entfremdung:

Arbeit dient unter bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen der Vermehrung privater Gewinne und nicht der Erfüllung von persönlichen und sozialen Bedürfnissen der Lohnabhängigen und deren Streben nach Selbstverwirklichung.

Conclusio ist:

Wir wollen keine Arbeit um jeden Preis. Wir wollen in einer Welt leben, in der die Menschen in freier sozialer Vereinbarung gesellschaftlich notwendige und wünschbare Tätigkeiten selbstbestimmt ausführen.

Als Initiative von Erwerbsarbeitslosen, die die Ursachen und Auswirkungen von Arbeitslosigkeit im Kontext der kapitalistischen Verhältnisse begreift, finden wir es wichtig, dass wir in der Öffentlichkeit sichtbar werden.

Eine wichtige Säule unseres Engagements sind die Sozialforen. Wir haben uns beim **österreichischen Sozialforum** in Hallein sowohl organisatorisch als auch inhaltlich eingebracht. So hielten wir eine Konferenz ab zum Thema Einkommen, in der die Frage nach der Herkunft des gesellschaftlichen Reichtums aufgeworfen wurde. Eine andere Konferenz befasste sich mit dem Grundverständnis von Arbeit. Besonders wichtig war es, auch dieses Forum für die Lancierung unserer Forderung nach einem garantierten **Grundeinkommens** zu nützen, ihre Notwendigkeit herauszuarbeiten und die erforderlichen Rahmenbedingungen zu ihrer Verwirklichung zu analysieren.

Die Sozialforen bieten uns die Möglichkeit, mit unseren Anliegen aufzutreten und uns einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. In den Treffen mit anderen Initiativen und Organisationen bilden wir lokale, nationale und internationale Netzwerke, finden Unterstützung für Kampagnen und Plattformen. Es gibt Betroffenheitslagen wie Armut, Diskriminierung und soziale Entrechtung, die Erwerbsarbeitslose mit anderen Gruppen teilen; schon aus diesem Grund liegt es nahe, gemeinsame Antworten zu formulieren. ■

Mehr unter:

<http://www.amsand.at.tt>

Bei Bedarf an

Innovation

hier

klicken:



"arbeitsraum-
philosophie"

www.arbeitsraum.at

„ARBEITSLOS?“

Von Katarzyna Landa (Obfrau, e.V. „Zum Alten Eisen?“)

Signalworte

„**B**ekämpfung der Arbeitslosigkeit. Vollbeschäftigung. Arbeitsmarktpolitik. Standortvorteile. Lohndumping. Bolkenstein-Richtlinie. Globaler Markt. Soziale Verträglichkeit. Leben langes Lernen. Humanressourcen. Humankapital. Wirtschaftswachstum.. Arbeitsmarktmaßnahmen.“

Einige der am meisten verwendeten, missbrauchten, oft arrogant und ignorant eingesetzten Signalworte. Die Mitglieder unseres Vereins setzten sich mit den Inhalten die sich dahinter verbergen seit über zehn Jahren auseinander. Für die „Älteren“ – und das wird man / Frau heute bereits mit knapp über 40 – hat es auch schon damals angefangen. Die Personalisten lehnten unsere Bewerbungen ab, weil: „wir überqualifiziert wären; wir würden die Alterspyramide in der Firma zum Sturz bringen (sic!); wir würden in das junge, dynamische Team nicht hineinpassen; wir wären zu teuer; es wäre als ob man mit eigenem Vater/eigener Mutter zusammenarbeiten würde“, etc. etc.

Für viele von uns waren die globalen Veränderungen sehr wohl ein Signal, dass der Arbeitsmarkt wie wir ihn kannten zusammenbrechen wird. Das wussten die Zukunftsforscher, die Soziologen, die Ökonomen, die Konzernbosse aber sicher auch die weisen, vorausschauenden, vordenkenden Politiker? Die Menschheit stand am Rande einer neuen Entwicklung – das Ende der mühsamen, faden, kräfte-raubenden Industriearbeit. Dieses Zeitalter war vorbei. Die automatisierten Arbeitsabläufe werden uns endlich freimachen, frei für die wirklich wichtigen Aufgaben des Lebens. Solidarität der Gesellschaft vorausgesetzt, werden wir nun Zeit für die Selbstverwirklichung, Freizeitaktivitäten, Wellness und Gesund-

heitsbewusstsein haben. Es entstanden neue Wirtschaftszweige, welche diese neue schöne Welt noch genussvoller machen sollten. Die Spaßgesellschaft war endlich da. Der Mensch hat sich von Joch der Erwerbsarbeit befreit und dürfte Neues erlernen – zu Leben, einfach das machen was er schon immer wollte und wo für er schon immer zu wenig Zeit hatte. Für die Familie, die Freunden, die Gesellschaft für die Welt! Hat sich die Gesellschaft darauf vorbereitet? Hat sich an Ethos „Arbeit“ etwas geändert? Muss man nicht mehr arbeiten um essen zu dürfen? Hat die Gesellschaft durchgeschaut, dass die noch immer notwendigen Aufgaben doch noch von irgendwem übernommen werden müssen? Das es z.B. im sozialen Bereich – bei den Armen, den am Randestehenden, den Alten, den Obdachlosen, den Problematischen, etc., noch eine Menge Menschen gab die diesen Dienst an der Menschheit für sehr wenig, oder gar keine Bezahlung machten? Dass die verlorene Generation von 40-65 plötzlich aus den Firmen mittels „Abbau“, „Umstrukturierung“, „Fusion“ verschwindet? Dass die Jugend eine Ausbildung unterworfen wird, die sie kaum herausfordert, und ihren Forschergeist nicht selten lahm legt?

Was ist geschehen?

Die Exporte und Konzerngewinne steigen. Die Renditen auf den Geldmärkten sind noch nie so hoch wie jetzt gewesen. Der Reichtum der Wenigen steigt aber die Armut der Vielen ebenfalls. Ist da einfach zu viel an „Humanressourcen“ da? Kann man sie nun billiger einsetzen für den Verkauf von „Wellness“, von Tür zu Tür Hausiererei mit Produkten die kein Mensch braucht? Für Dienstleistungen die sich viele nicht mehr leisten können? Galbraith sagte bereits in 1968 „die



KATARZYNA LANDA

Produktion die Bedürfnisse erzeugt, die sie zu befriedigen sucht“. Nein, dadurch sind keine neuen „Jobs“ entstanden, vielmehr wurde bloß ein neues Arbeitsethos kreiert – jeder / jedem Erwerbsarbeitslosen eine freie Stelle in einer „Maßnahme“, dann eine kurze Pause und schon die nächste „Maßnahme“ damit die/der nicht glaubt, dass das Versicherungsprinzip der „Arbeitslosen“ noch immer gilt. Nicht einmal die „Kursanbieter“ haben wirklich neue Stellen besetzen können, denn auch die Trainer, die Coaches, die Lebensberater etc., ihre Arbeit nach dem freiberuflichen Prinzip leisten müssen, und sich selbst nicht selten in einer AMS-Maßnahme als Teilnehmer finden können wenn das Budget für die Arbeitsmarktpolitischeninstrumente erschöpft ist. Wer entscheidet über den Wert eines Menschenlebens? Die Politik? Die Wirtschaft? Die Gesellschaft? Haben wir uns nicht zuletzt im 20. Jh. mit diesen Fragen beschäftigt?

Neues Jahr – Neue Kurse

Der amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin schreibt in seinem Buch „Das Ende der Arbeit“ folgenden Satz: „Im 21. Jahrhundert werden weder der freier Markt noch der öffentliche Sektor in der Lage sein, die steigende technologische Arbeitslosigkeit aufzufangen und das Absinken der Kaufkraft zu verhindern.“ Wir, die Erwerbsarbeitslosen wissen das längst. Wir beschäftigen uns mit der Problematik der globalisierten Wirtschaft und suchen nach Antworten – nicht nur für uns aber auch für unsere Kinder. Es macht wenig Sinn so zu tun als ob die Lösung der Probleme allein von unserem Willen abhängen würde, und trotzdem werden wir – die Verdrängten - für diese Entwicklung verantwortlich gemacht.

Für eine Entwicklung für welche sogar die s.g. „Experten“ keine Antworten haben. Die tiefen psychologischen Folgen bei den Betroffenen sind kein Thema bei den Entscheidungen der arbeitsmarktpolitischen Gremien. Diese verweigern uns – den Betroffenen - jegliche Existenzberechtigung in dem sie den Dialog mit uns ausweichen, immer wieder neue Richtlinien und Gesetze beschließen ohne die Gründe für diese gewollte und wachsende Misere zu berücksichtigen. Wir haben alle unsere Fähigkeiten, Talente, Qualifikationen, auch wir lernen unser ganzes Leben lang, weil es schlicht und einfach nicht anders möglich ist. Der Mensch ist von

Natur aus neugierig, wissbegierig und bekanntlich „lernt er nie aus“. Was also will uns sowohl die Politik als auch die globale Wirtschaft hier weismachen? Neue Kurse aller Jahre wieder? Die wir selbst finanzieren werden müssen und uns den Anforderungen der stetigen Überproduktion von neuen „Gadgets“ und neuen „Spaßtempels“ unterwerfen? Wo bleibt die Vielfalt der menschlichen Talente und Interessen? Wo bleiben da die Kreativen, die Denker, die sozial Engagierten, die um die Reste der natürlichen Umwelt Kämpfenden, die die uns zum Lachen bringen, die deren Musik uns besänftigt, nachdenklich macht? Braucht die Welt die Philosophen, die Ethiker, die Künstler, die Suchenden? Oder soll die menschliche Entwicklung nur die „Dead men Working“ (*) hervorbringen die in einem Amoklauf alles was nicht „Mens sana in Corpore sano“ - nach den gerade geltenden Vorstellungen - verkörpert? Teil der globalen Gesellschaft stellt sich diese Frage schon seit vielen Jahrzehnten und weißt, dass eine andere Welt sehr wohl möglich ist.

Info:

www.zum-alten-eisen.org

(*) - „Dead Men Working“ – Ernst Lohoff, Norbert Trenkle, Maria Wölflingseder, Karl-Heinz Lewed (Hg.)

Erwerbsarbeitslosigkeit ist kein individuell verursachtes Schicksal, sondern ein gesellschaftliches Problem!

Von Christian Moser (Obmann ArbeitslosensprecherIN e.V.
Selbstvertretung der Erwerbsarbeitslosen Österreichs)

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit braucht andere Ideen wie die Forderung der Industriellenvereinigung nach Flexibilität.

Flexibilität, heißt unter anderem Überstunden ohne Zuschläge. Ein klares Nein. Die Lösung kann auf keinen Fall sein: „daß jeder, der jetzt schon Arbeit hat, sich noch ein größeres Stück vom Kuchen Arbeit nimmt.“ und das bei weniger Einkommen, diese Vorgehensweise vernichtet nicht nur Arbeitsplätze, sondern schwächt auch die Kaufkraft, das wiederum schwächt die Wirtschaft.

Die Lösung: Arbeitszeitverkürzung, bei gleichem Lohn. Wir sind ein reiches Land und können uns das allemal leisten. Um der immer grösser werdenden Kluft zwischen arm und reich entgegenzuwirken, ist eine Umverteilung notwendig. die dadurch gestärkte Kaufkraft, würde der Wirtschaft zu gute kommen. Arbeitszeitverkürzung, heißt zugleich Arbeitsteilung. Nicht nur aus Gründen der Existenzsicherung, sondern auch wegen der psychischen und physischen Gesundheit erforderlich. Auf der einen Seite muß der mittlerweile extrem hohe Leistungsdruck, der körperliche wie geistige Schäden mit sich bringt, abgebaut werden und auf der anderen Seite braucht jeder Mensch eine Aufgabe um seinem Leben einen Inhalt zu geben.

Meldungen des österreichischen Rundfunks bestätigen meine Meinung: 2.000.000 Krankenstandstage im Jahr haben als Ursache psychische Belastung.

10% der Menschen in Österreich besitzen 70% des Vermögens.

Darum ist erforderlich, dass wir auf diesem Gebiet endlich ehrlich umgehen. Die Arbeitslosigkeit mit Statistiken zu beschönigen um Vorteile bei den Wählern zu erwirken ist, ich verwende einen harmlosen Ausdruck, unseriös!

Wir müssen davon ausgehen, dass es keine Vollbeschäftigung mehr gibt. Da hilft es auch nicht, wenn Menschen immer wieder in die selben Kurse gezwungen(*) werden, Ihnen das Selbstwertgefühl genommen wird und sie zu demütigen Verhalten genötigt werden.

Außerdem wird in diesem Bereich enorm viel Geld beim Fenster rausgeschmissen. (Persönliche Anmerkung: Ich habe schon mehr als 10 solcher Maßnahmen besucht!)

Jänner 2005, 316.000 Arbeitslose, 48.000 in Schulungen(werden nicht als arbeitslos in der Statistik geführt) und dem gegenüber 21400 offene Stellen. Was machen wir mit diesen Menschen?

Milchmannrechnung!

$316.000 + 48.000 = 364.000 - 21.400 = 342.600$
Wenn also die 21.400 offenen Stellen besetzt werden, bleiben 342.600 Arbeitslose übrig.

Durch Rotationsprinzip kommen ca. 800.000 Menschen mit Arbeitslosigkeit in Berührung.

Dieses System verwendet die Wirtschaft gegen die Arbeitnehmer.

Der Arbeitgeber kann dadurch größeren Druck auf den Arbeitnehmer ausüben.



CHRISTIAN MOSER

Vorwiegend im Bereich: Überstundenforderung, Leistungssteigerung, Kürzungen der Pausen, Eindämmung jeglicher Kritik, Lohnkürzungen, Verminderung der Rechte.....;

Bei Widerstand, wird die Kündigung ausgesprochen, und der Arbeitsplatz wird sofort neu besetzt. Ein Heer von Arbeitslosen wartet darauf. Diese werden in der Zwischenzeit in verschiedenen Maßnahmen dahingehend dressiert, sofort jede Stelle, ohne Rücksicht auf irgendwelche Umstände, anzunehmen. Bei einer Weigerung werden dem Arbeitslosen die Bezüge für 6-8 Wochen gesperrt.

Hier gehören andere Lösungsvorschläge auf den Tisch. Neben Arbeitsteilung auch z.B. das Grundeinkommen (eine wichtige Forderung vom Verein "ArbeitslosensprecherIN"). Finanzierbar, durch die Wertschöpfungsabgabe mit den jetzt schon getätigten Ausgaben von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pension und Sozialhilfe.

Dieser Schritt würde viele Menschen entkriminalisieren. Dadurch wäre mit Einsparungen auf dem Sicherheitssektor (Polizei, Gericht, Gefängnis,...) zu rechnen.

Das Grundeinkommen und die Arbeitszeitverkürzung (Arbeitsteilung) würde den Druck aus unserer Gesellschaft nehmen und so zu einer freundlicheren gesünderen Stimmung beitragen.

Was zugleich einer Konsolidierung unseres Gesundheitssystems durch präventive Maßnahmen gleichkommt.

(*)ansonsten Bezugssperre

Kontakt

ArbeitslosensprecherIn

(Armutskonferenz)

Gumpendorferstr. 83

1060 Wien

<mailto:office@arbeitslosensprecherin.at>

<http://www.arbeitslosensprecherin.at>

Spenden

ArbeitslosensprecherIn

Kontonummer: 07.405.475

Bankleitzahl: 31800

Evangelische Kreditgenossenschaft Wien

Keine Zaubermittel, aber...

Von Roman Valent (Obmann Verein Fundament – Generation45plus)

Ich habe mich die letzten 3 Jahre sehr intensiv mit dem Thema „Arbeitslosigkeit“ und im speziellen Fall mit der Problematik der älteren Arbeitssuchenden am Arbeitsmarkt beschäftigt. Als Betroffener und Gründer der Initiative „Fundament – Generation45plus“ darf ich einige Erfahrungen und Gedanken dazu mitteilen. Auch ich kenne natürlich kein „Zaubermittel“, um diese schwierige und umfangreiche Problemstellung mit einem Schlag lösen zu können, einige Kritik und auch Lösungsansätze erlaube ich mir darzustellen:

Generell sollte man sich wirklich einmal intensiver vorstellen und die Konsequenzen dazu überdenken: Derzeit ist man mit 40/45 (ev. schon früher) zu alt für den Arbeitsmarkt und gleichzeitig mit 60 zu jung für die Pension. Wo soll das hinführen? Für diese Personen, die auch schon rationalisiert wurden und aktuell auf Jobsuche sind, wurden wirklich alle Türen für ein menschenwürdiges Dasein verschlossen:

1) Die Unternehmen (Wirtschaft) bauen sie ab (zu teuer, ev. zu kritisch gegenüber zweifelhaften Organisationsmaßnahmen, Entwicklungen etc. Der „große Hinauswurf“ hatte begonnen. Nachdem es ja schon fast jeder macht, hat es auch einen moralischen Wandel gegeben, nämlich einen weiteren Schub zur Rücksichtslosigkeit. Viele, jetzt börsenorientierte Unternehmen sind nach meiner Meinung das grauenhafte Beispiel einer krankhaften Fehlentwicklung. Da wird der versammelten Belegschaft, trotz einem gigantischen Jahresgewinn von hunderten Millionen Euro, gleichzeitig erzählt, dass an Personalreduzierung gedacht sei, da „woanders die Gewinne noch größer ausgefallen sind und wir natürlich nachziehen müssen“.

2) Die Politik hat gleichzeitig mit „dem großen Wurf“ der Pensionsreform (diese war sicher überfällig, aber wirtschaftlich zu dem denkbar schlechtesten Zeitpunkt durchgezogen) gleich einmal zur Sicherheit alle Tore für eine Frühpension geschlossen. Auch die Pension aufgrund langer Arbeitslosigkeit wurde gleich gestrichen.

Die Konsequenz: Arbeitslosigkeit, danach Notstandshilfe, währenddessen zig- Jobcoachingkurse, Weiterbildungsmaßnahmen (im Prinzip sinnvoll, doch zumeist nicht der primäre Grund für die Situation, mit 58, 59 Jahren noch zur Überlegung (gedrängt), sich vielleicht selbständig zu machen (Andere, die einen besseres Einvernehmen erzie-

len können, werden mit 45 in Pension geschickt). Und das mit Leuten, die wirklich zumeist großes Erfahrungswissen aufweisen können, 40 Jahre und mehr gearbeitet haben...

Es ist eine Schande für unser Land. Da kann sich jemand mit Verantwortungsbewusstsein und Charakter nie und nimmer nur auf die manchmal noch schlechteren internationalen Staaten ausreden, einiges haben wir noch immer selbst in der Hand, müssen entscheiden, was uns mehr wert ist: Ein 0 Defizit (in der Schule gäbe es vielleicht einen Einser) oder einen sozialen Frieden im Land. Wir brauchen Politiker mit Verstand und mit Herz. Auch emotionale Intelligenz ist etwas Gescheites. Manchmal habe ich auch das Gefühl, dass auf die oft erwähnte „demographische Entwicklung“ gewartet wird, die in 10 – 15 Jahren dieses Problem von selber löst. Erstens können wir nicht solange warten, zweitens weiß heute keiner, welche Faktoren dann die Situation wieder verändern könnten (EU-Erweiterung) und außerdem wird es dann nur eine aus einer Notsituation erzwungene Veränderung für die Älteren bedeuten und nicht eine Imagekorrektur.

Das AMS hat zuwenig Geld, ergo zuwenig Personen, um diese Vielzahl an Personen (Kunden) und Aufgaben wirklich effizient beraten, betreuen zu können. Ich habe auch sehr gute BeraterInnen kennen gelernt, die sich sehr bemühen, man soll nicht alle über einen Kamm scheren (das wollen wir Betroffene ja auch nicht).

Zu den Jobcoachingkursen: Immer ein Kritikpunkt, sicher im großen und ganzen notwendig. Was ganz sicher nicht sein sollte und vergeudet Geld bedeutet: Einen Kurs machen zu müssen, nur aus dem einen Grund, weil man „übertrittsgefährdet“ ist. Das heißt, ohne Kurs käme man in die Langzeitarbeitslosigkeit. Mit Kurs eben nicht, weil er die Zeiten unterbricht, man fängt nach dem Kurs wieder bei Null an. So können Sie 5, 10 Jahre arbeitslos sein und gelten trotzdem noch immer nicht als langzeitarbeitslos. So kann man mit Statistiken auch gut etwas darstellen, was in Wirklichkeit ganz anders aussieht. Die Gefahr ist, dass mit solchen Unterlagen dann auch falsche Rückschlüsse und auch Entscheidungen für die zukünftigen Maßnahmen getroffen werden. Ich wünsche mir mehr Courage seitens der Verantwortlichen „Die Wahrheit zu sagen“ und die Bereitschaft, offen zu sein für

Vorschläge zu Verbesserungen, auch einige kompetente Betroffene in die Überlegungen einzubeziehen.

Der 2. Arbeitsmarkt (Sozialprojekte, sozialökonomische Projekte): Diese Arbeitsplätze sind sicher allgemein sinnvoll, aber generell für die Zielgruppe der Älteren (mit ihrem Erfahrungswissen und vorhandenen Potenzialen) nicht konzipiert. Derzeit ist dieser Markt nur für den niederschweligen Bereich eine Option. Da wäre aber nach meiner Meinung ein Innovationsschub aller möglichen Akteure notwendig und sehr sinnvoll, um einen Bereich für die Älteren zu überlegen. Ich denke da z.B. an die Strategien unserer eigenen Initiative, die Eigeninitiative der Betroffenen Älteren zu nutzen. Denken wir einmal darüber nach, wie wir solche erfahrenen, kompetenten Personen aktiv einbinden können und Ihnen auch statt einer Notstandshilfe ein anderes Entgelt anbieten können.

Es muss uns gelingen, den Wert der „älteren“ Arbeitnehmer bzw. Arbeitssuchenden für die Wirtschaft wieder wertvoll zu machen, klar zu machen, dass diese Potenziale für ein gesundes Unternehmen unbedingt benötigt werden, genau so wie die Fähigkeiten der Jungen wichtig sind. Und nicht wie jetzt, die Jungen eigentlich zu benutzen, ihnen viel zu versprechen, damit sie bereit bleiben dem Unternehmen zu dienen, wo es auch immer „hinwankt“. Auch Förderungen und Einstiegshilfen sind wichtig, schlussendlich wird es aber darauf ankommen, ob die Älteren ihren Wert wieder besser darstellen können und ein Umdenken bei den Unternehmen stattfindet.

Es wird schon länger die Frage aufgeworfen, ob (k)eine Lobby für die Arbeitslosen sinnvoll wäre. Eine letzte Veranstaltung in der Arbeiterkammer – sicher gut gemeint – hat den Anschein erweckt, als ob dieses Problem erst ganz neu sei. Eine Hundertschaft an Betroffenen hat auf Flipcharts ihre Überlegungen dazu aufgeschrieben. Ich hoffe es geht jetzt weiter. Manchmal sehe ich bildlich einen Kranken vor mir, dem der Arzt einen Fieberthermometer unter die Achsel steckt, ihn nach seinem Befinden fragt.. und anschließend wieder unverrichteter Dinge geht und wieder kommt...und wieder geht.....

Eine Lobby ist meiner Meinung dort sinnvoll, wo es Aktionen, Tätigkeiten und Hilfestellungen geben soll, die von niemand anderem so gut abgedeckt werden können, wo andere überfordert sind, neue Schnittstellen gefunden werden sollen und diese für die Gesamtsituation hilfreich ist. Mein Vorschlag dazu wäre: Alle Akteure (Vertreter davon) setzen sich einmal (und dann öfters) zusammen und bringen Ihre Gedanken und Vorschläge ein. Es gibt schon einige Initiativen in Österreich, deren Vertreter ich dazu einladen würde. Berührungspunkte können abgebaut werden.

Seitens der älteren Betroffenen selbst ist viel Eigeninitiative, Mut, Courage und Stehvermögen gefordert, um diese Situation meistern zu können. Ein Netzwerk wie das unsere halte ich für sehr effizient und wertvoll, um die Situation besser bewältigen und auch konstruktiv an einer Lösung mitarbeiten zu können. An alle involvierten Akteure meine Bitte: Erkennen Sie diese brach liegenden Potenziale der Älteren auch als Ihre Chance, mit den Leuten einen neuen kreativen Weg zu finden, um einer krankhaften Entwicklung gezielt und sinnvoll gegensteuern zu können. Es wäre ein Generationenprojekt über die Parteigrenzen hinweg, zum Wohle unserer Gesellschaft und auch Wirtschaft. ■

Mehr und Kontakt

<http://www.generation45plus.at>

Tel.: 06991 9689864

Dienstleistungen: der entfesselte Markt?

Von Christoph Sykora (Leiter Büro des Vorsitzenden der GPA)

Die EU plant die völlige Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes. Seit Jänner 2004 liegt eine entsprechende EU-Richtlinie vor, benannt nach ihrem Urheber, dem ehemaligen EU-Kommissar Frits Bolkestein. Tritt sie unverändert in Kraft, droht Dumping bei Löhnen, Arbeits-, Konsumenten- und Umweltschutz.

„Die nationalen Vorschriften sind zum Teil archaisch, übertrieben aufwendig und verstoßen gegen das EU-Recht. Diese Vorschriften müssen schlichtweg verschwinden“, verkündete Bolkestein bei der Präsentation seines Richtlinienentwurfes. Kern der Initiative ist das so genannte Herkunftslandprinzip: Bei grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung unterliegen Unternehmen nur noch den gesetzlichen Bestimmungen des Herkunftslandes. Höhere örtliche Standards bei Kollektivverträgen, Qualifikationsanforderungen, Arbeits- und Umweltschutz können damit auf einfache und billige Weise unterlaufen werden.

Herkunftslandprinzip: Rechtschaos und Angleichung auf niedrigstem Niveau

Das Herkunftslandprinzip hebt den Wettbewerb auf eine völlig neue Stufe. War bisher Steuerflucht das treibende Motiv für eine Verlagerung des Unternehmenssitzes, kommt mit der Bolkestein-Richtlinie ein ganzer Reigen weiterer Anreize hinzu. Mit einem Schlag treten 25 unterschiedliche Rechtssysteme zueinander in Konkurrenz. Sollte sich die Europäische Kommission durchsetzen, könnten es sich Unternehmen im Dienstleistungssektor aussuchen, von welchem Land aus sie ihre Kundschaft bedienen. Im extremsten Fall könnte ein Unternehmen, das lange Zeit in Österreich ansässig war, seinen Sitz in ein anderes EU-Land verlegen. Es würde dieselben Aktivitäten ausüben, denselben Kundenstock betreuen, gegebenenfalls auch mit demselben Personal arbeiten, aber es würde einer völlig anderen Gesetzgebung und Kontrolle unterworfen sein.

Zu den Vorschriften die laut Bolkestein „schlichtweg verschwinden“ müssen, zählt unter anderem die Verpflichtung zur Eintragung in ein Firmenregister, oder die Führung von Aufzeichnungen über die ordnungsgemäße Anmeldung von Beschäftigten zur Sozialversicherung. Schwarzunternehmertum und Sozialbetrug ist damit Tür und Tor geöffnet.

Gewerkschaften organisieren Widerstand

Gegen die Bolkestein-Richtlinie formiert sich in ganz Europa breiter Widerstand. Federführend sind dabei die europäischen Gewerkschaften. Am 19. März, drei Tage vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs demonstrierten in Brüssel zehntausende GewerkschafterInnen für ein soziales Europa. Schwerpunkt war der Protest gegen die Dienstleistungsrichtlinie. Die harsche Kritik zeigte offenbar Wirkung. EU-Ratsvorsitzender Juncker kündigte eine Überarbeitung der Richtlinie an, Frankreichs Staatschefs forderte im Hinblick auf ein drohendes Nein bei der Volksabstimmung zur EU-Verfassung gar eine gänzliche Rücknahme.

Mittlerweile haben auch die Landtage von Burgenland, Salzburg, Oberösterreich und Wien mit den Stimmen aller Parteien die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Zurücknahme der Richtlinie einzusetzen. Das scheint den zuständigen Wirtschaftsminister Bartenstein nicht zu beeindrucken. Im Gegenteil, er warnt vor einer „Verwässerung des Herkunftslandprinzips“ und profiliert sich in Brüssel einmal mehr als Liberalisierungs-Hardliner.

Kein Grund zur Entwarnung

Entgegen der medialen Darstellung wurde die Richtlinie bislang von der EU-Kommission nicht zurückgezogen. Sie ist nach wie vor Kernelement der so genannten Lissabonstrategie und liegt zur weiteren Behandlung im EU-Parlament und im Rat. Die Befürworter behaupten massive Wachstums- und Beschäftigungseffekte. Eine Studie der Kommission zeigt allerdings, dass diese Hoffnungen weit übertrieben sind, positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind minimal, etwaige negative Folgen wurden erst gar nicht untersucht. Jetzt gilt es daher weiter Druck zu machen und mit intensivem Lobbying den parlamentarischen Prozess zu beeinflussen. Der ÖGB plant daher mit den Gewerkschaften eine Kampagne zur Dienstleistungsrichtlinie.

Die Gewerkschaften verlangen:

- dass die Europäische Kommission den Richtlinienentwurf zurückzieht und grundlegend überarbeitet

- Ablehnung des Herkunftslandprinzips, eine Marktöffnung darf nur erfolgen, wenn es harmonisierte Mindeststandards auf hohem Niveau gibt
- Ausnahme sämtlicher öffentlicher Dienstleistungen
- Ausdrückliche Ausnahme aller arbeits- und sozialrechtlichen Fragen

Wer ist Frits Bolkestein?

Frits Bolkestein ist ehemaliger EU-Handelskommissar und geistiger Urheber der Dienstleistungsrichtlinie. Vor seiner Tätigkeit für die EU-Kommission arbeitete er im Management des Ölmultis Shell und war niederländischer Verteidigungsminister. Er ist Berater der Mont Pèlerin Gesellschaft, der führenden Denkfabrik des Neo-

liberalismus, benannt nach einem Treffen am Mont Pèlerin (Schweiz), zu dem der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Friedrich August Hayek im Jahr 1949 geladen hatte. Das erklärte Ziel des exklusiven und einflussreichen Netzwerkes: Menschen und Staaten für einen neuen („Neo“) Liberalismus zu gewinnen.

Vollzeit-Erwerbstätigkeit von Frauen wird in Frage gestellt

Frauen sind die Verliererinnen der vorherrschenden Arbeitsmarktpolitik.

Von Sandra Frauenberger (Bundesfrauensekretärin der Gewerkschaft der Privatangestellten
Leiterin der GPA-Frauenabteilung)

Es wird eng für Frauen am Arbeitsmarkt. Frauenarbeitslosigkeit erreicht Rekordwerte, vor allem die Anzahl an arbeitslosen Frauen nach der Karenz ist aufgrund des Kinderbetreuungsgeldes massiv angestiegen. Der Berufs-Wiedereinstieg nach der Kinderbetreuungsphase wurde erheblich erschwert. Nach der Karenz schafft nur jede zweite Frau den Wiedereinstieg in den Job und davon nur ein Bruchteil die Rückkehr in Vollzeit-arbeitsverhältnisse. Die Frauenbeschäftigungs-Quote ist zwar angestiegen, jedoch ausschließlich bei Teilzeit. Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern belaufen sich derzeit im Angestelltenbereich auf 44 Prozent.

Die verheerenden arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen für Frauen sind äußerst alarmierend und stehen unseren Konzepten einer gleichgestellten Teilhabe von Frauen im Berufsleben völlig entgegen. Als Verantwortliche für die Frauenpolitik der Gewerkschaft der Privat-

angestellten ist mein Anspruch an eine ernstzunehmende Frauenpolitik die Vertretung der Interessen von Frauen und die Beseitigung von Diskriminierung in der Arbeitswelt. Vorrangige Ziele sind die eigenständige Existenzsicherung von Frauen, und zwar in jeder Lebensphase - im Alter, in der Berufstätigkeit und während der Zeit der Kinderbetreuung, unbefristete Vollzeit-arbeitsplätze für Frauen und als Voraussetzung die partnerschaftliche Verteilung der Versorgungsarbeit. Die derzeitigen politischen Realitäten ziehen hier allerdings schwer überwindbare Grenzen. Wirtschaftsinteressen und vorherrschende Politik gehen dabei Hand in Hand. Neoliberalismus kommuniziert die Freiheit durch den Markt – Verliererinnen sind Frauen. Die Erwerbsarbeit von Frauen steht im 21. Jahrhundert zwar außer Streit - die Wirtschaft wünscht weibliche Erwerbsarbeit, doch insbesondere fragt sie flexible und billige Frauenarbeit nach. Propagiert werden daher atypische Ar-



SANDRA FRAUENBERGER

beitsverhältnisse. Die Bundesregierung unterstützt diese Wirtschaftsinteressen mit einem konservativ geprägten Frauenbild. Wenn weibliche Berufstätigkeit von der österreichischen Regierung thematisiert wird, dann im Szenario des familien- und kinderbedingten Ausstiegs, nicht jedoch im Zusammenhang mit Gleichstellung. Frauen werden in der Rolle der „Dazuverdienerin“ gesehen. Ein Bild, das die reale Situation von Frauen völlig ignoriert. Dieses Modell lässt das frauenpolitisch relevante Thema der Berufstätigkeit von Frauen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Gleichstellung ermöglicht, von der politischen Agenda verschwinden. Die Einführung des beschäftigungsfeindlichen Kinderbetreuungsgeldes ist nur ein Beispiel für die eindeutige politische Steuerung in diese Richtung. Eine entsprechende Neuregelung ist für die GPA-Frauen daher zentrale Forderung. Vor allem ist eine flexible Gestaltung der Zuverdienstgrenze notwendig, um für Frauen die Partizipation am Erwerbsleben zu gewährleisten, weiters muss der Kindergeldbezug wieder an den Kündigungsschutz angepasst werden und es müssen endlich tatsächliche Anreize für verstärkte Väterkarenz gesetzt werden, wie etwa ein einkommensabhängiges Kindergeld für Berufstätige. Wir müssen dafür sorgen, dass Frauen durchgängige Erwerbsverläufe vorweisen können.

Doch fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen machen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unmöglich und partnerschaftliche Kinderbetreuung ist nicht existent. Darüber hinaus sind auch kinderlose Frauen denselben Diskriminierungen in der Arbeitswelt ausgesetzt, da ihnen a priori die „Gefahr“ einer möglichen Mutterschaft unterstellt wird. Ebenfalls ausständig sind seitens der Regierung Konzepte zur Beseitigung der immensen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern auf politischer Ebene. Dies hat Österreich kürzlich auch eine Rüge der Europäischen Kommission eingebracht, die Österreich unter die Schlusslichter in der Union reiht, was den Unterschied zwischen Männer- und Fraueneinkommen betrifft und unzureichende politische Anstrengungen zur Verkleinerung dieser Kluft geortet. In Punkto Kollektivvertragspolitik kann aus Gewerkschaftsicht bereits auf eine Reihe von Maßnahmen verwiesen werden, die vermehrte betriebliche Gleichstellung sicherstellen. Bei Einkommensunterscheiden von bis zu 44 % muss aber klar sein, dass nicht alleine auf der Ebene der Kollektivverträge gegengesteuert werden kann. Vielmehr müssten einerseits seitens der ArbeitgeberInnen-Seite eindeutige Schritte bei der betrieblichen Praxis gesetzt werden und andererseits muss die Politik für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen. Entsprechende Ansätze sehe ich in der Politik der Bundesregierung freilich nicht. ■

Der Erste Mai, was danach geschah und wo wir heute stehen

Von Josef Wallner (Arbeiterkammer Wien)

Der Kampf um die Durchsetzung des Achtstundentages in den USA stand am Anfang der Geschichte der Ersten Mai Feiern.

Seither ist einiges geschehen: der ungezähmte Kapitalismus des 19. Jahrhunderts wurde zumindest in Europa nicht unwesentlichen Regeln unterworfen, die nicht nur den Achtstundentag, sondern auch eine ganze Reihe weiterer wichtiger Rechte und Ansprüche der ArbeitnehmerInnen gegenüber dem Kapital und ganz allgemein gesprochen den „Sozialstaat“ gebracht haben.

Doch seit einiger Zeit geht das Rad wieder rückwärts, wie es den Anschein hat.

Auf der einen Seite wird in geradezu aberwitziger Form abgezockt:

In Frankreich ist kürzlich öffentliche Unruhe entstanden, weil der oberste Manager des Handelsriesen Carrefour mit einem Golden Handshake von 40 Mio € verabschiedet wurde, und zwar verabschiedet wegen Erfolglosigkeit. Die Opfer seines Wirkens, die NormalarbeitnehmerInnen, die dort ihren Job verloren haben, gehen einfach nur „stempeln“ ohne Golden Handshake. In den Niederlanden versteht der Topmanager eines überwiegend im Eigentum von Kommunen stehenden Energieversorgers die Welt nicht mehr, weil eine öffentliche Debatte über sein Gehalt (821.000 € pro Jahr plus Bonusleistungen) ausgebrochen ist, nachdem er den

Konzern vor allem durch eine Kündigungswelle „saniert“ hat und als Ergebnis zwar die Kosten gesenkt wurden aber leider auch das Dienstleistungsniveau. Ange-schmiert sind die KonsumentInnen und die geschassten ArbeitnehmerInnen. Diese Beispiele könnten beinahe endlos fortgesetzt werden, sogar der deutsche Finanzminister Müntefering hat kürzlich den Unternehmen ziemlich direkt soziale Verantwortungslosigkeit und Abzocke vorgeworfen.

Soweit zu den Sorgen der „einen Seite“, die andere Seite erhält den „Golden Handshake“ in Form von Deregulierung und „Hartz IV“. Soll heißen: weniger Rechte und weniger Lohn im Rahmen der Erwerbsarbeit (Debatte Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, neue Selbstständige und Ausweitung anderer Formen prekärer Erwerbsarbeit), dafür größere Löcher im Sozialnetz und weniger Geld auch für die, die noch eine Sozialleistung kriegen. Das reicht von Senkung der Pensionsleistungen etwa im Rahmen der sogenannten Pensionsreform kürzlich bei uns in Österreich bis hin zu einer zum Teil gut versteckten aber dennoch wirksamen Senkung der Arbeitslosenversicherungsleistungen in Österreich.

So wurden allein 2001 und 2002 folgende versteckte Leistungskürzungen in der Arbeitslosenversicherung vorgenommen:

- Entfall sämtlicher Aufwertungsbestimmungen im Arbeitslosenversicherungsrecht
- Faktische Leistungskürzung durch Umstellung des Arbeitslosengeldbemessungssystems
- Erhöhung der notwendigen Versicherungsdauer für den Neuworb eines Arbeitslosengeldanspruchs um zwei Wochen
- Wegfall des Rechts, einen günstigeren alten Rest-Arbeitslosengeldanspruch zu Ende zu konsumieren, wenn ein Neuanspruch entstanden ist.
- Verschärfung der Sanktionen bei Selbstkündigung
- Absenkung der Familienzuschläge und Wegfall des Anspruchs auf Weiterbildungsgeld nach Elternkarenz.

Kein Wunder also, dass die durchschnittliche Kaufkraft von BezieherInnen des Arbeitslosengeldes 2002 gegenüber 1999 um 1,9 % und bei der Notstandshilfe sogar um 4,3 % gesunken ist. Von den ArbeitslosengeldbezieherInnen erhalten rund die Hälfte, bei den NotstandshilfebezieherInnen sogar rund zwei Drittel weniger als den Ausgleichszulagenrichtsatz.

Kurze Rückblende zur „anderen Seite“: noch nie waren die Unternehmensgewinne in Österreich so hoch wie derzeit.

Aber wer keinen Arbeitsplatz findet , der kann doch ein Unternehmen gründen, heißt es immer öfter. Stimmt genau, die Zahl der Selbstständigen steigt rasant, nur leider: vielen dieser neuen Selbstständigen wurde diese Beschäftigungsform von ihrem ehemaligen Arbeitgeber aufgezwungen und sie sind weiterhin voll von diesem abhängig. Sie machen dasselbe wie bisher, nur jetzt auf eigenes Risiko und mit weniger Geld. Der Großteil dieser neuen Selbstständigen hat keine MitarbeiterInnen („Ich-AG`s“), ein Viertel betreibt das Unternehmen im Neben-erwerb und ein Check der neuen Gewerbe zeigt, dass darunter viele selbstständige Privatdienstleister (Körper-pflege, Reinigung allgemein usw) vertreten sind. Sie sind an den Rekordgewinnen der österreichischen Unternehmen leider nicht beteiligt.

Der im Lauf eines Jahrhunderts erreichte Schutz durch Arbeitsrecht und Sozialstaat , der die Chance auf ein eini-germaßen „gutes Leben“ durch Zugang zu Bildung, interessante Erwerbsarbeit, Gesundheits- und Alters-vorsorge und Schutz gegen Risiken wie Erwerbs-arbeitslosigkeit für einen großen Teil der Gesellschaft und nicht nur für Sprösslinge aus Adels- und Patrizierhaus geboten hat, wird auf diese Weise immer stärker attackiert und unter Druck gesetzt.

Wir sind an dem Punkt angelangt, wo Schluss sein muss mit dieser Entwicklung, sonst wird die Umkehr allmählich schwierig. Direkte öffentliche Kapitalismuskritik auch von Leuten wie Müntefering und egal, ob das nun auch wahltaktisch motiviert ist oder nicht, wird künftig nötig sein, um die Dynamik des Neoliberalismus brechen zu helfen. Doch folgen müssen auch Taten. Schwerpunkte dabei sind mE jedenfalls

- Gesetzliche Maßnahmen und Kampagnisierung gegen den Sozialbetrug durch Unternehmen bis hin zu strafrechtlichen Maßnahmen. ArbeitslosengeldbezieherInnen droht rechtlich der Staatsanwalt, wenn sie absichtlich „schwarzarbeiten“. Großangelegter Sozialbetrug der Unternehmen gegenüber ihren ArbeitnehmerInnen und Öffentlichkeit darf daher nicht länger Kavaliersdelikt bleiben.
- Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit durch Investition in Bildung und Infrastruktur.
- Endlich ernstgemeinte Armutsbekämpfung, was vor allem bedeutet: höheres Arbeitslosengeld, Reform der unsozialen Notstandshilfe-Einkommensanrechnung und Schaffung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung.

Arbeitslosen-anwaltschaft soll Rechte von Arbeitssuchenden stärken!

Kommentar LABg. Norbert Scheed (Regionalgeschäftsführer der Gewerkschaft der Privatangestellten Wien)

Die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen nimmt unvermindert zu. Unabhängig von aktiver Beschäftigungspolitik, sind Maßnahmen gefordert die die Rechtsstellung von Arbeitslosen gegenüber Entscheidungen des AMS stärken. Viele Arbeitslose kennen ihre Rechte oft nur unzureichend und wissen auch nicht darüber Bescheid, wie sie sich gegen Entscheidungen des AMS betreffend Schulungsmaßnahmen oder finanzieller Leistungen zu wehr setzen können. Viele Betroffene schildern, dass sie Weiterbildungskurse besuchen müssen, die nicht für sie geeignet sind, andere hingegen würden bestimmte Kursangebote, die ihre Jobchancen erheblich verbessern würden, gerne besuchen. Dies wird ihnen aber nicht bewilligt. So bestätigt sich zunehmend der Eindruck, dass es dem AMS oder vielmehr dem zuständigen „Arbeitsminister“ Bartenstein mehr darum geht, Arbeitslose nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik aufscheinen zu lassen als durch Kurse tatsächlich die Chancen auf Wiederbeschäftigung zu erhöhen.

Aus diesen Gründen wurde von mir die Initiative auf Errichtung einer Arbeitslosen-anwaltschaft ins Leben gerufen, die zum Ziel hat, die Rechtsstellung von arbeitslosen Menschen zu verbessern. Bei der Arbeitslosen-anwaltschaft sollen Arbeitslose die Korrektheit von Leistungserbringungen durch das AMS überprüfen lassen können. Darüber hinaus soll diese Institution in Konfliktfällen mit dem AMS Arbeitssuchenden unterstützend zur Seite stehen. Als weitere Aufgabe ist angedacht, dass die Arbeitslosen-anwaltschaft – ähnlich dem österreichischen Armutsbericht – jährliche Berichte über die Entwicklung der sozialen Lage der Arbeitslosen erstellt und die Öffentlichkeit sowie den Nationalrat über deren Ergebnisse in Kenntnis setzt. Ohne auf Arbeitslosenversicherungsbeiträge zurückzugreifen, muss der Bund für die Einrichtung dieser wichtigen Institution Mittel zur Verfügung stellen, in jedem Bundesland soll zumindest eine Außenstelle der Arbeitslosen-anwaltschaft errichtet werden. Ganz klar ist, dass die Dienstleistungen der Arbeitslosen-anwaltschaft für Arbeitslose kostenlos sein müssen. ■



LABG. NORBERT SCHEED

Besser irgendeinen Job als gar keinen?

Von Eva Scherz (GPA Interessengemeinschaften)

Die Beratungspraxis der Interessengemeinschaft work@flex zeigt, dass immer mehr Menschen eher einen schlecht bezahlten und sozial wenig abgesicherten Job annehmen, als gar keine Arbeit zu haben.

Wenn BerufseinsteigerInnen und ältere ArbeitnehmerInnen prekäre Jobs annehmen, dann denken sie vor allem daran – Arbeit zu haben. Die jungen Menschen erwarten sich nach der Schule oder nach dem Studium einen Fuß in der Tür des Arbeitsmarktes. Wie bereits in Deutschland weit verbreitet, arbeitet man auch hier im Berufspraktikum. Ohne Bezahlung, oder mit niedriger Bezahlung als „geringfügig“ beschäftigte, ermöglichen es die Arbeitgeber jungen Menschen die notwendige Praxis für den Arbeitsmarkt zu erlangen. „Hände weg“, kann ich da nur sagen, „seriöse Arbeitgeber halten sich ans Arbeitsrecht, an Kollektivverträge und an die Sozialversicherungspflicht aller Arbeitnehmer.“

Ältere Arbeitnehmer sind oftmals über ihre Rechte gut informiert, der prekäre Job dient zur Überbrückung, bis die mühsam ersparten Pensionsmonate erreicht sind. Große Sprünge erwarten sich die Kollegen nicht mehr, die oftmals von den Firmen als zu teuer, rationalisiert wurden. Nach 30 Jahren im Arbeitsleben fällt es schwer, das Arbeitslosengeld zu genießen, und auf die Pension zu warten. Schließlich hatte man noch viel vor.

Frauen sind die Verliererinnen

Von „atypischer“ Arbeit sind zwar Frauen und Männer gleich betroffen. Doch fehlen seriöse Untersuchungen, wie sich hier Arbeitszeit und Einkommen verteilen. Die Annahme, dass auch hier die Einkommensdifferenzen von bis zu 40 Prozent – wie bei Angestellten durchschlagen, kann

ich nur unterstreichen. Doch hier wirkt sich zusätzlich aus, dass das durchschnittliche Nettoeinkommen bei „atypisch“ Beschäftigten um 300 Euro im Monat niedriger ist. Heißt das, dass jedes atypische Arbeitsverhältnis prekär ist? Nein, denn leider gibt es auch genügend andere Dienstverhältnisse, wo das Einkommen nicht reicht, um damit das tägliche Leben zu finanzieren. Zum niedrigen Einkommen, kommt noch dazu, dass die soziale Absicherung – wie Anspruch auf Arbeitslosengeld und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall – fehlt.

Armutsgefährdung trotz Sozialsystem

Und selbst wenn ein Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht, ist es nicht einfach mit der Hälfte des ohnehin schon niedrigen Einkommens zu leben. Deshalb wird die Gruppe der armutsgefährdeten Personen in Österreich immer größer. Doch die Politik reagiert nicht, den Betroffenen: AlleinerzieherInnen, Familien mit mehreren Kindern und älteren Menschen fehlt ein Sprachrohr zur Artikulation ihrer Bedürfnisse. Wenn die Organisation des Überlebens den Tagesablauf bestimmt, fehlt die Zeit zur Information, Organisation und Engagement für die eigenen Interessen.

Vorbeugen statt heilen

Es ist wichtig, das soziale Netz in Österreich auch in Anspruch zu nehmen. Not-situationen können jeden Menschen passieren, Hilfe anzunehmen ist keine Schwäche. Je nach Art des Problems können unterschiedliche Beratungsstellen weiterhelfen, zB wenn man eine Wohnung braucht, oder durch einen Kredit in die Schuldenfalle geraten ist, oder gerne eine Weiterbildung machen möchte.



EVA SCHERZ

Die Recherche danach kostet Zeit, diese rechnet sich aber, und macht sich meist schon nach kurzem wieder bezahlt. Leider gibt es kaum irgendwo umfassende Informationen, denn selbst ExpertInnen können sich nur in einem Rechtsgebiet gut auskennen. Auch bei AMS ist man Kunde oder Kundin, hier kann man sowohl Weiterbildungen hinterfragen, oder selbst Vorschläge machen, auch Widersprechen ist nicht verboten, auch wenn sich dieses Gerücht noch immer hartnäckig hält. Unbedingt nutzen kann man das Service nach bezahlter Weiterbildung, indem man selbst Vorschläge einbringt, die AMS-BeraterInnen sind meist dankbar dafür.

**Und bevor man
einen Job annimmt.....**

Ganz wichtig ist es vor Beginn des Arbeitsverhältnisses eine Beratung in Anspruch zu nehmen. Fragen die zu klä-

ren sind: Was sind meine Rechte und Pflichten aus dem Vertrag? Wie bin ich krankenversichert? Habe ich eine Pensionsversicherung? Kann ich den Vertrag ohne finanzielles Risiko wieder beenden? Kann ich zusätzlich noch Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe beziehen?
Politische Interessenvertretung

Die GPA Interessengemeinschaft work@flex fordert daher den Ausbau des Sozialstaates. So wäre zum Beispiel die Einbeziehung aller Erwerbseinkommen in die Arbeitslosenversicherung sinnvoll. Ergänzt sollte dies durch höhere Nettoersatzquoten beim Arbeitslosengeld werden. In einem der reichsten Länder Österreich fordern wir die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung. ■



**WIR DANKEN ALLEN
LESERN, DIE DEN
GLOCALIST REGULÄR
BEZIEHEN.**

Karenz und Karriere

Von Mag. Claudia Schwab (abz.austria)

Eine Vielzahl von Projekten wurde bereits durchgeführt, um die Situation der Frauen am Arbeitsmarkt zu verbessern. Eine Entwicklungspartnerschaft im Rahmen von Equal 2 hat innovative Ansätze für ein altbekanntes doch deshalb um nichts weniger brennendes Thema: Frauen sind am Arbeitsmarkt generell mit vielfältigen Benachteiligungen konfrontiert. Sowohl die horizontale als auch die vertikale Segregation des österreichischen Arbeitsmarkts wirken sich auf die Qualität der Beschäftigungsmöglichkeiten negativ aus. Die Übernahme des überwiegenden Teils unbezahlter Betreuungs- und Versorgungspflichten stellt für Frauen sowohl ein Einstiegs- als auch ein Aufstiegsproblem dar. Bereits die Tatsache, dass Frauen in der Lage sind, Kinder zu gebären, erweist sich vielfach als Karrierehindernis. Berufsunterbrechungen auf Grund von Betreuungspflichten sind meist mit Dequalifikationsprozessen verbunden.

Vor dem Hintergrund steigender Frauenarbeitslosigkeit, schnell wechselnder und schwer überschaubarer gesetzlicher Regelungen, fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten, vor allem für Kinder unter drei Jahren, und mangelnder Vereinbarkeitsmodelle auf betrieblicher Seite bedeutet die Zeit nach der Geburt eines Kindes für Frauen zunehmend den Ausstieg aus dem Beruf bzw. einen beginnenden beruflichen Abstieg. Für Männer ist die Zeit nach der Geburt eines Kindes oft die Zeit des Ausstiegs aus der Familie und des beruflichen Aufstiegs.

Obwohl Männer in Österreich bereits seit 1990 in Karenz gehen können, blieb ihr Anteil an allen Karenzierten in den 14 Jahren – und zwar unabhängig von den jeweils unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen – verschwindend gering. Im

Juni 2004 waren nur 1,9% der KinderbetreuungsgeldbezieherInnen Männer.

Das neue Kinderbetreuungsgeldgesetz, das für Frauen und Männern mit Kindern gilt, die ab dem 01.01.2002 geboren sind, erweitert auf den ersten Blick durch erhöhte Zuverdienstgrenzen zwar die Möglichkeiten, während der Karenz den Kontakt zur Arbeitswelt aufrecht zu erhalten und so den Wiedereinstieg vorzubereiten. Die ersten empirischen Forschungsergebnisse legen jedoch die Vermutung nahe, dass diese beabsichtigte Wirkung durch das Gesetz nicht erreicht wird. Eine Evaluierung des Kinderbetreuungsgelds nach 14 Jahren Laufzeit gibt als Problem an, dass die Komplexität der Bestimmungen Barrieren bei der Nutzung der Zuverdienstmöglichkeiten schafft (1). Zudem stellt die Schaffung einer Zuverdienstgrenze bei der Teilzeitkarenz für Besserverdienende eine Verschlechterung gegenüber der früheren Regelung dar und erweist sich somit u.a. als strukturelles Hemmnis für eine Väterkarenz.

Laut einer aktuellen WIFO-Studie (2) hatten 41% der zuvor beschäftigten Frauen 33 Monate nach der Geburt eines Kindes noch keine unselbstständige Beschäftigung aufgenommen. Der verlängerte Bezug der Geldleistung scheint den Wiedereinstieg zu verzögern und danach zu einer Verschiebung von der Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit zu führen. Tendenziell trägt das Gesetz eher zu einer Festschreibung traditioneller Aufgabenverteilungen als zu einer Veränderung bei.

Die oben skizzierte Festschreibung geschlechtsspezifischer Rollenbilder durch die gegebenen gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verfestigen die geschlechtshierarchische

Segmentation am Arbeitsmarkt, (die in Österreich besonders ausgeprägt ist), verschärfen die Dequalifikationsproblematik von Frauen und verhindern die Hinterfragung der männlich normierten Erwerbsbiografie.

Diese männliche Normalerwerbsbiografie – obwohl auch immer weniger für Männer die Norm – ist Ausdruck des „male breadwinner“-Modells, wonach die Verantwortung für die Versorgungsarbeit bei den Frauen liegt und deren Integration in den Arbeitsmarkt die Lösung der Vereinbarkeitsproblematik voraussetzt (3). Die Folgen dieses Modells werden in fehlenden Plätzen in Kinderbetreuungseinrichtungen vor allem für Kinder unter drei Jahren und in vielfach nicht gendergerechten sozialgesetzlichen Regelungen deutlich. Deshalb sind umfassende strukturelle Veränderungen notwendig, damit Frauen in Zukunft die Arbeitswelt maßgeblich mitgestalten und Männer Verantwortung im Leben mit ihren Kindern übernehmen können.

Vor diesem Hintergrund sind neue Modelle gefordert, die langfristige strukturelle Veränderungen zum Ziel haben. Diese Modelle müssen – um Erfolg zu versprechen – Karenzierte, Unternehmen und Politik gleichermaßen einbinden, und sie müssen eingebettet sein in Begleitmaßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, die neue Bilder erzeugen und neue Denkrichtungen eröffnen.

Vision der EP Karenz & Karriere im Rahmen von Equal 2: Die **Karenzzeit** stellt für Frauen und Männer eine **Karrierechance** dar und für Unternehmen einen wichtigen strategischen Zeitraum für eine ressourcenorientierte und **zukunftsgerichtete Personalplanung**.

Ziele:

- Beitrag zur Umsetzung des Gender Mainstreamings im Sinn von Verwirklichung von Chancengleichheit von Frauen und Männern mit dem Ziel, Karriere & Karenz vereinbar zu machen
- Förderung der Vereinbarkeit von Karenz und Karriere zur Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten und der Einkommenssituation von Frauen
- Förderung von Vätern als Beitrag zur Förderung von beruflichen Karrieren von Frauen
- Entwicklung von win-win-solutions für Karenzierte und Unternehmen unter Einbeziehung von good practice Modellen
- Etablierung einer Drehscheibe zwischen Karenzierten, Unternehmen und Politik und Entwicklung innovativer Produkte an der Schnittstelle von Karenzierten und Unternehmen
- Sicherung der Kontinuität in der Erwerbsbiografie von Frauen durch Wahrnehmung einer Übersetzungsfunktion zwischen Karenzierten, bzw. Personen vor Beginn der Elternkarenz und PersonalentscheiderInnen

(1) Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF): Evaluation Kinderbetreuungsgeld (KBG), Zwischenbilanz nach 14 Jahren Laufzeit, Herbst 2003

(2) Hedwig Lutz: Wiedereinstieg und Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern, Ein Vergleich der bisherigen Karenzregelung mit der Übergangsregelung zum Kinderbetreuungsgeld, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, März 2004

(3) vgl. Wroblewski Angela, Flexible Arbeitszeiten und Segregation, Empirische Befunde zu flexiblen Arbeitszeiten in Frauen- und Männerberufen, IHS, OEGS Kongress 2000, Online-Publikation.

Brieflose, Wertlose, Arbeitslose?

Von Ing. Peter Gluchi (Geschäftsführer Med Tech Plus)

Als Geschäftsführer des Sozialökonomischen Betriebs MED TECH PLUS (SÖB) begegne ich tagtäglich vermeintlich wertlos gewordenen Langzeitarbeitslosen: Ihren Qualifikationen, ihren Talenten und Möglichkeiten gemäß eingesetzt, erlebe ich sie als tatkräftige MitarbeiterInnen in unserem Geschäftsbereich „Medizintechnik-Recycling“. Keine Spur von wertlos. Im Rahmen von MED TECH PLUS reduzieren sie Tonnen von Müllbergen, indem sie ausgeschiedene Medizintechnikgeräte reparieren, bestücken und somit wieder nutzbar machen. Von dieser sinnvollen Beschäftigung für Menschen, deren Arbeitskraft nicht mehr nachgefragt scheint, profitieren drei Seiten:

- die Umwelt, weil Altgeräte wiederverwendet werden;
- Langzeitbeschäftigungslose, die wieder motiviert in den ersten Arbeitsmarkt zurückkehren;
- die sogenannte Dritte Welt, die solcherart aufbereitete Geräte kostengünstig erhält.

Dass sie durch Qualifizierung und Arbeitspraxis im SÖB wieder reguläre Jobs bekommen, wird jedoch immer unsicherer. Nicht, dass wir unsere Vorgaben nicht erfüllen (Vermittlungsquote ok), sondern weil allgemein unsicher ist, ob es insgesamt noch es je wieder genug Jobs geben wird.

Wer über die heutige Form der Arbeit nachdenkt, sollte drei Aspekte nicht außer Acht lassen:

- 1) Die einen dürfen nicht mittun, die anderen haben nie richtig frei.
- 2) Pro-Profit geht vor Non-Profit, Social-Profit kommt nicht vor.
- 3) Unbezahlte Arbeit ist (immer) willkommen, verloren gegangene bezahlte Arbeit kommt (vielleicht) nie mehr zurück.

ad 1) Bevölkerten die Wiener Innenstadt früher am „Tag der Arbeit“ zig- bzw. hundert Tausender, gehen heute mit der Arbeit auch die ArbeiterInnen verloren - und die Arbeitslosen zählen nicht. Dem gemäß haben jene, die bezahlte Arbeit haben - vor lauter Überstunden etc. - keine Zeit und zum Marschieren längst keine Lust mehr. Die Arbeitslosen haben die Lust ebenfalls verloren, weil sie nicht nur im Erwerbsleben nicht mittun dürfen, sondern selbst in den sozialdemokratischen Modellen und Institutionen nicht vorkommen (ÖGB „schützt“ vorrangig jene, die noch Arbeit haben).

ad 2) Der Hr. Wirtschafts- und Arbeitsminister Bartenstein hätte sich für das Grundgehalt ausgesprochen, meinten am 14.4.05 viele, die seinen „Basislohn-Sager“ im Mittagsjournal hörten. Doch Moment: nicht Grundgehalt für alle, sondern die Sozialpartner sollten sich darauf einigen, allen ArbeitnehmerInnen einen Basislohn von mindestens 1000,-€ zu bezahlen. „Die Wirtschaft“ wird das tun oder auch nicht. Sind damit die Arbeitslosen wieder einmal ausgebremst, ist die Umorientierung auf die Ressourcensteuer gänzlich abgeblockt und wird dadurch die Ökologisierung und Dynamisierung der Arbeitswelt erneut auf die lange Bank geschoben?

ad 3) Kommt „verlorene“ Arbeit nicht wieder (was mit der fortschreitenden Automatisierung absehbar ist), bleibt - wenn es unbedingt Arbeit sein muss - nur mehr die unbezahlte Arbeit. Frauen bekannt aus der sogenannten „Privatsphäre“ (Hausarbeit, Pflegearbeit, Erziehungsarbeit) steht mit „Bürgerdiensten“ a la Parkreinigung, Schulverkehrsregelung etc. der Einstieg in dieses Fach nun auch den Männern offen. Langfristig keine Lösung und zudem eine fragwürdige Praxis, den Einzählenden das „Bürgergeld als Menschenrecht“ vorzuenthalten.



ING. PETER GLUCHI



Kurzfristig ergeben sich aus den obigen Punkten drei Forderungen an die Politik

- 1) Einführen des erwerbslosen Grundgehalts als Existenzabsicherung
- 2) Umstellung des Steuersystems weg von der antiquierten Lohnbesteuerung zur zukunfts-konformen Ressourcenbesteuerung.
- 3) Rosarote Optimismusbrille der Vollbeschäftigungsrückkehr abnehmen und wahrnehmen, dass verlorene Produktionsstätten nicht zurückkehren. (Neu geschaffene High Tech Produktion mit hohem Automatisierungsgrad immer weniger ArbeiterInnen, der Dritte Sektor wiegt fehlende Arbeitsplätze nicht mehr zur Gänze auf).

Und SÖB-mäßig gedacht

Eine mehrjährige Verweildauer im SÖB andenken und umsetzen, damit nachhaltige existenzsichernde Langzeitperspektiven der „Hoffenden“ real umsetzbar werden (statt terminfixiertes „Zurückstoßen“ in den ersten Arbeitsmarkt, um den Preis der vorprogrammierten Rückkehr in die erneute Langzeitarbeitslosigkeit). Damit gleichzeitig zukunfts-trächtige Beschäftigungen, die sich nicht betriebswirtschaftlich rechnen, aber volkswirtschaftliche Effekte zeitigen, stärken (Ökologisches, Nachhaltiges, Soziales, Kulturelles, Künstlerisches, Religiöses).

Aber dies bitte auch entsprechend dotieren. Denn Non-Profit gibt es nicht: wo immer auch Menschen werken, schaffen sie etwas und das ist zumindest Social-Profit. ■

Eins, Zwei oder Drei... Leider sind nicht viele Plätze frei

Von Mag.(FH) Michael Reiter (Geschäftsführer Volkshilfe Beschäftigung)

Tag für Tag müssen wir in den Medien von steigenden Arbeitslosenzahlen lesen. Über 360.000 Personen sind derzeit auf der Suche nach Arbeit, die ca. 90.000 Menschen, die so genannte „offene Sozialhilfe“ beziehen, noch gar nicht hinzugezählt.

Der „Erste-“ oder Regelarbeitsmarkt ist nicht in der Lage, diesen Menschen eine integrative Perspektive zu bieten. Hinzu kommt, dass (wenn überhaupt) - ein Blick in die Stellenmarktseiten der Zeitungen genügt - dort gut ausgebildete, qualifizierte, flexible, belastbare und natürlich sozial kompetente Arbeitskräfte gesucht werden. Aber gerade Langzeitarbeitslose passen nicht in dieses Idealbild, sind sie doch meist nur gering qualifiziert, verfügen über wenig „verwertbare“ Ausbildung und weisen häufig Vermittlungshemmnisse wie körperliche oder psychische Beeinträchtigungen auf. Diese werden ja nicht zuletzt durch andauernde Arbeitslosigkeit hervorgerufen oder zumindest verstärkt. Langzeit-

arbeitslosigkeit erhöht die Tendenz zu Depressionen und psychosomatischen Erkrankungen, Betroffene erleben ein starkes Gefühl von Ausgrenzung und sozialer Stigmatisierung.

Der Zweite Arbeitsmarkt (etwa durch befristete Beschäftigung in sozialökonomischen Einrichtungen und Betrieben) ist ein anerkanntes Instrument, da er betroffenen Menschen nicht nur den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben an sich ermöglicht, sondern neben der Funktion der Arbeitsintegration (und Reintegration in den Ersten Arbeitsmarkt) auch jene der soziale Integration übernimmt.

Volkshilfe Beschäftigung ist Wiens größter Anbieter von derartigen Maßnahmen und führt neun sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte. Aus dieser Erfahrung wissen wir, dass ein funktionierendes Instrument durchaus verbessert werden kann. Probleme verursacht etwa, dass der zweite Arbeitsmarkt vor allem für jene



zugänglich ist, die beim AMS vorgemerkt sind – allerdings auch hier nur für eine begrenzte Anzahl an Personen. Dies grenzt einen großen Teil an integrationswilligen Personen aus, der Zugang zum Regelarbeitsmarkt wird erschwert wenn nicht ganz unmöglich.

Eine Anpassung des geförderten Arbeitsmarktes ist notwendig, da nicht zu erwarten ist, dass der Regelarbeitsmarkt in absehbarer Zukunft signifikant mehr Menschen Beschäftigung bieten wird können. Eher ist mit einer Verschärfung der Situation zu rechnen, insbesondere bei älteren ArbeitnehmerInnen, die mit dem geforderten Tempo nicht mehr mithalten können und denen durch die letzten Pensionsreformen die Möglichkeit in andere Existenzsicherungssysteme zu wechseln genommen wurde.

Dringend nötig sind aus Sicht von Volkshilfe Beschäftigung:

- Den Zweiten Arbeitsmarkt von der AMS-Zugehörigkeit zu entkoppeln und so für SozialhilfebezieherInnen und MigrantInnen zu öffnen.
- Die Schaffung von individuellen Integrationskonzepten zur stufenweisen Heranführung an den Ersten Arbeitsmarkt, etwa durch geringfügige Beschäftigungsmöglichkeiten neben dem Sozialhilfebezug.
- Eine verstärkte Anerkennung der sozialintegrativen Leistungen des Zweiten Arbeitsmarktes (Erhöhung des Durchhaltevermögens, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit, Motivation etc, aber auch Regelung von Schulden, Stabilisierung der Wohnsituation, etc.) im Vergleich zu den direkten Vermittlungsleistungen in den Ersten Arbeitsmarkt

- Eine flexiblere Gestaltung des Zweiten Arbeitsmarktes (befristete aber auch unbefristete Dienstverhältnisse, erleichterte Durchlässigkeit in den Ersten Arbeitsmarkt, etwa durch gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassung. Und im Bedarfsfall auch wieder zurück.)
- Und selbstverständlich muss die Beschäftigung im Zweiten Arbeitsmarkt freiwillig sein und finanziell adäquat abgegolten werden (kollektivvertragliche Bezahlung, Weiterbestand des Sozialhilfebezuges bei längerer geringfügiger Beschäftigung), denn die Arbeitswilligkeit der betroffenen Personen ist gegeben.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik hat sich nicht zuletzt nicht ausschließlich den Anforderungen der Wirtschaft unterzuordnen, sondern auch die individuellen Bedürfnisse der Menschen und ihre Entwicklungspotenziale zu berücksichtigen und zu fördern. Erst dann ist nachhaltige Integration möglich. Die Erfahrung zeigt, dass immer mehr Menschen auf keine kontinuierliche Berufsbiographie blicken können, sondern der Wechsel von Erstem zu Zweitem Arbeitsmarkt Lebensrealität ist und oft auch schon von einem „Dritten Arbeitsmarkt“ gesprochen wird. Leider gilt aber nicht: „Du musst Dich entscheiden, drei Plätze sind frei“. Vielmehr sehen sich immer mehr Menschen damit konfrontiert, dass gar kein (Arbeits)Platz frei ist, weder am Ersten noch Zweiten Arbeitsmarkt. ■

Zeichen gehören gesetzt!

Zur Situation Gehörloser in der Arbeitswelt

Von Mag.a Monika Haider (Geschäftsführerin von Equalizent,
Qualifikationszentrum für Gehörlose und Schwerhörige)

Wir leben in einer Arbeitsgesellschaft, in der die Teilhabe an der Arbeitswelt ungeheuer wichtig ist. Ganz besonders für Menschen mit Behinderungen. Wer eine Arbeit besitzt, hat einen besseren Anschluss und mehr Möglichkeiten auf dem Weg zur vollen gesellschaftlichen Teilhabe in unserer Gesellschaft. Aber gerade behinderte Menschen haben es schwer einen Arbeitsplatz und besonders schwer einen qualifizierten Arbeitsplatz zu erlangen.

Das liegt zum einem an ihrer Qualifizierung, indem sie eine ihrer Behinderungsart entsprechende Sonderschule oder eine Integrationsklasse besucht haben - für die es nur bis zur 8.ten Schulstufe einen Rechtsanspruch gibt (dann heißt es zurück in die Sonderschule). Nach den neun Schuljahren erhalten sie wenige Chancen auf eine schulische Qualifikation und bringen zu wenig Voraussetzungen mit, um in der Arbeitswelt bestehen zu können.

Haben sie das Glück im Anschluss eine Berufsausbildung zu erhalten, dann zumeist eine Ausbildung ohne Wahlmöglichkeit. Noch immer ist für Jugendliche mit Behinderungen fast ausschließlich die Art der Behinderung das Berufswahlkriterium, nicht die Person mit ihren Berufswünschen und Fähigkeiten.

Zum anderen bewirken die gesellschaftlich bedingten Vorurteile, dass wir behinderte Menschen mehr als Minderleister sehen, wir begegnen ihnen mit Mitgefühl aber nicht mit der notwendigen Anerkennung ihrer Leistungs- und Potenzialmöglichkeiten. Demzufolge lehnen Personalverantwortliche in Unternehmen selbst bei ausgezeichneter Qualifizierung behinderte MitarbeiterInnen mehrheitlich ab.

Zur Situation gehörloser Menschen

Rund 8.000 Menschen in Österreich haben neben Deutsch noch eine weitere Muttersprache: die Gebärdensprache. Sie sind entweder taub geboren oder im Laufe ihres Lebens erblaubt. Gehörlose Menschen haben aber am Arbeitsmarkt selten die gleiche Chance, da meist eine abgeschlossene Berufsbildung oder ein Schulabschluss fehlt. Auch heute werden sie noch oft in unattraktive Berufe hineingedrängt. Zum Teil in Berufsbilder, die von Aussterben bedroht sind. Da gehörlose und hörbeeinträchtigte Menschen in der Vergangenheit und bis dato zumeist in Einrichtungen für Handwerksberufe, die oftmals den Gehörlosenbildungsinstituten angegliedert sind, ausgebildet wurden und werden, sind sie schon vor dem Abschluss der Berufsausbildung von Arbeitslosigkeit bedroht. Das Aussterben von traditionellen Berufsbildern und das Entstehen neuer Berufe verändern unsere Berufswelt zunehmend.

Wenn nicht Rahmenbedingungen geschaffen werden, bleiben Gehörlose und hörbeeinträchtigte Menschen Verlierer in einer Arbeitswelt die gute Grundausbildung und lebenslange Fortbildung fordert.

Berufsfelder

Ein relativ großer Teil der gehörlosen Personen hat keine Berufsausbildung absolviert. Mit Beendigung der Schullaufbahn setzen sie mit Hilfstätigkeiten ihre ersten Arbeitsschritte und haben wenig Chancen auf Veränderung.

Männer mit abgeschlossener Berufsausbildung sind vor allem im Elektrobereich und Frauen im Nähereibereich für Frauen zu finden.



Chancen am freien Arbeitsmarkt

In den angeführten Berufsfeldern haben sie wenige Chancen auf eine gut bezahlte Arbeit. Ihre Qualifikationen sind am Arbeitsmarkt kaum gefragt. Die Erfahrungen der Arbeitsassistenten für Gehörlose werden von den allgemeinen Daten des Arbeitsmarktservices wieder gespiegelt. Sie zeigen, dass die Arbeitslosenrate bei gehörlosen Menschen deutlich höher liegt als bei der Restbevölkerung. Sie sind in Österreich durchwegs schlechter qualifiziert als der Durchschnitt aller vorgezeichneten Arbeitslosen beim AMS. Nur für jeden dritten gehörlosen Arbeitslosen endet die Arbeitslosigkeit tatsächlich mit einer Beschäftigungsaufnahme. Gehörlose Frauen sind ungemein öfter und länger von Arbeitslosigkeit betroffen, als hörende Frauen und verbleiben in klassischen Rollenbildern (Hausfrau, Mutter) mit geringen Chancen auf Veränderungen.

Warum ist die Situation so?

Bereits in der Schulbildung liegen die Mängel. Lautsprachorientierte Schulausbildung verhindert nach Meinung von ExpertInnen den Erwerb einer differenzierten Sprache. Werden die Wissensinhalte hauptsächlich in der Fremdsprache Lautsprache vermittelt, entstehen Defizite sowohl in der Gebärden- als auch in der Lautsprache. Die SchülerInnen lernen sich in keiner Sprache auszudrücken und erhalten somit zu wenig Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Qualifizierung.

Bei der Berufsfindung bleibt oft keine andere Wahl. Eltern, LehrerInnen bestimmen mehr als bei anderen Jugendlichen welcher Beruf ausgewählt wird. Zumeist sind es dann jene Berufe deren Ausbildung direkt in den Spezialschulen angeboten wird. (Z.B. Schneiderei für Frauen)

Damit gehörlose Menschen überhaupt Chancen haben am Erwerbsleben teilhaben zu können, müssen sie - wie alle anderen Menschen auch - Grund- und Schlüsselqualifikationen erwerben. Die Anforderungen an die MitarbeiterInnen in der heutigen Arbeitswelt sind geprägt von ständigen Erweiterungen des eigenen Wissens und Fähigkeiten, um im Berufsleben bestehen zu können

Neue Wege in der Schulausbildung fehlen (noch)

Berufliche Weichen werden also in der Schule gestellt. Die Behindertenmilliarde der österreichischen Bundesregierung ermöglicht es, Berufsorientierung direkt in den Schulen speziell für Jugendliche mit Behinderungen einzurichten, welche von den so genannten „Clearingstellen“ durchgeführt werden. Obwohl flächendeckend

in Österreich installiert, gibt es meines Wissens noch keine Clearingstelle mit Gebärdensprachkompetenz in Österreich.

Um Fuß in den heutigen „neuen“ Berufsfelder fassen zu können, muss aber Gehörlosen der Zugang zu diesen Berufen eröffnet werden. Die Risiken des technischen Fortschrittes liegen bei dieser Gruppe sicherlich eher am Zugang zu Ausbildungen und an der Unterrichtssprache. Ohne fundiertes Wissen vermittelt zu bekommen ob der vielfältigen Möglichkeiten zur Nutzung des Equipments wird das ledigliche Vorhandensein zur Einbahnstrasse und Gehörlose und schwerhörige Menschen werden von der Technik überholt. Es scheint, dass die staatlichen Bildungsinstitutionen derzeit nicht in der Lage sind diesen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

So springt derzeit die Erwachsenenbildung effizient ein und greift dieses Thema auf. Wiederum kam die Behindertenmilliarde zur Hilfe. So wurde es möglich, dass u.a. equalizent ein Qualifikationszentrum für gehörlose und schwerhörige Personen, die sich ausbilden, weiterbilden und qualifizieren möchten finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen hat. Sämtliche Angebote werden auch in österreichischer Gebärdensprache trainiert.

Besonderen Schwerpunkt wird auf die Möglichkeiten der Kommunikationstechnologien gelegt. Gerade Gehörlose könnten in ungleich höherem Masse von diesen neuen IKT-Entwicklungen profitieren. Tatsächliche Barrieren in der Kommunikation gehörloser und schwerhöriger Menschen mit der „hörenden“ Gesellschaft können von eben diesen neuen Medien beseitigt, und neue Wege der Integration beschritten werden. Vielfach wird Kommunikation erstmals möglich und die ansteigende firmeninterne Nutzung von Emails beispielsweise gewährleistet im Fall gehörloser und hörbeeinträchtigter Menschen die mehr oder weniger gleichberechtigte Möglichkeit zur Teilnahme am Erwerbsleben.

Neue Berufsfelder werden erschlossen, z.B. im Gesundheits- und Sozialbereich (z.B. gibt es derzeit keinen gehörlose/e Masseur/in), EDV oder im Trainingsbereich.

Es ist noch ein weiter Weg bis Österreich auch Gehörlosen gleichberechtigte Teilhabe in der Arbeitswelt ermöglichen wird! Wie das aussehen kann?,

z.B. An der Gallaudet - Universität (USA) haben bis zu ca. 2000 gehörlose Menschen die Möglichkeit zu studieren ...

... Sie arbeiten in Berufen wie z.B.

Arzt/Ärztin, JuristIn bzw. RichterIn, PilotIn, IngenieurIn, usw.

Derzeit noch ein Traum für österreichische Gehörlose!!!

Berufene ohne Beruf in Österreich

Von Martin Luksan (Obmann Plattform Offener Kanal Wien)

Nur für diejenigen“, schreibt Ernst Lohoff in dem Buch „Dead Men Working“, „fällt etwas ab, die ihre Fron in der großen Arbeitsmühle verrichten. Ein halbwegs menschenwürdiges Leben hat eine Existenz als Rädchen in der Arbeitsmaschine zur Voraussetzung.“ Das ist ein klarer Blick auf die vielen, arbeitslosen Geisteswissenschaftler, von denen sich die wenigsten als Faulenzer beschreiben würden und die dennoch auf keinen grünen Zweig kommen.

Warum können sie trotz rastlosem Schreiben, Vortragen, Lehren, Archivieren und Filme-Machen kaum ihr Auslangen finden? Weil sie kein Rädchen aus sich gemacht haben und deshalb weder als Angestellte unseres riesigen Rundfunks, unserer großen Stadt oder unserer vielfältigen Zeitungen, aber auch nicht selbständig als Hugo Portisch, Thomas Brezina oder Gerti Senger wirken können, nicht als Verkäufer ihrer selbst mit Monopol-Anspruch.

Die Wörter „Erfolg“ und „Leistung“ funktionieren hier wie eine spanische Wand, die die mehrfache Anpassung einer Person an verschiedene Erwartungen der Gesellschaft verdeckt. Wieso hat der normale Geisteswissenschaftler ganz leicht eine Berufung, aber nur schwer einen Beruf? Und wieso macht dieser oder jener Promi alles, was er anfasst, zu Gold? Weil er alleine in großer Höhe fliegt, während alle andern auf der Nudelsuppe daherschwimmen?

Das muss man nicht vermuten, aber man darf annehmen, dass in dem großen (und größer werdenden) Sektor Bildung und Wissen, wo keine vorgeschriebenen und nachgefragten Berufe exakt erlernt

werden können, der Berufene nur durch eine Reihe von Anpassungen, von denen einige auch langjährige sein müssen, seine materielle Sicherheit findet.

Man muss beim arbeitslosen Geisteswissenschaftler nicht immer an den Lyriker denken, der vor dem Lehrer-Beruf zurückschreckte, und nicht immer an den Privatgelehrten, der sich der Habilitation verweigerte, um ein Beispiel für unbezahlte Arbeit zu haben. Auch das Auftreiben von Geld für eine künstlerische oder kulturell kreative Produktion sowie das In-die-Öffentlichkeit-Bringen des Produkts ist eine Arbeit, die oftmals kein Entgelt findet. Die Antwort auf die Frage, warum das so ist, hängt mit der Marktfähigkeit des Produkts zusammen. Zum Beispiel ein Film, der nicht im ORF, nur in Arthouse - Gruppen gezeigt und von den Zeitungen nicht besprochen wird, kann so schnell auf keinen Markt gelangen. Es sei denn: Die Zivilgesellschaft bildet nicht nur eine Öffentlichkeit, sondern auch – wie in den angelsächsischen Ländern – einen Markt, dann würde Bewegung in den manipulierten Märkten entstehen und sie würden ihre starren Regeln nicht weiter aufrechterhalten.

Doch bei unserer besonders zarten (sogar subventionierten) Zivilgesellschaft, die ohne wirtschaftliche Kraft und Attraktivität für unsere angstvollen Printmedien und Sender ist, wird so mancher Berufene weiterhin immer wieder den Beruf wechseln. Die bezahlte Arbeit ist einfach sehr schwer zu finden – zumindest bei Bildung und wissenschaftlichem Wissen, denn dieser Sektor ist nur geringfügig kommerzialisierbar. ■



MARTIN LUKSAN

„You did not tell me“

Gedanken zur Begegnung europäischer Arbeitsethik und afrikanischer Realität

Von Georg Sticker (Director Regional Office East Africa, HORIZONT3000)

Fragt man einen Ugander, was einen Mzungu, einen „Weissen, Fremden“ ausmacht, so ist das schnell beschrieben: Er ist immer im Stress, hat viel zu tun, ständig Termine und Zeitdruck eben „viel Arbeit“ und kann es anscheinend nicht ertragen, „nichts oder wenig zu tun“.

Und in der Tat gibt es ja in Mitteleuropa nichts Schlimmeres als „nichts zu tun zu haben“. Wer länger keine Arbeit hat, also „arbeitslos“ ist, gerät schnell ins soziale Abseits. Mehr noch, schon der, der heute nicht ständig über Arbeitsüberlastung, Mehrstunden und Leistungsdruck klagt ist suspekt. „Müssiggang ist (halt) aller Laster Anfang“ - Geschäftigkeit scheint die Grundlage für den Erfolg.

Diese mitteleuropäische Werte treffen nicht erst seit Beginn der Entwicklungsarbeit oder der Entsendung von Entwicklungshelfern auf eine doch sehr unterschiedliche afrikanische Realität. Schon in den Kolonialzeiten sahen sich die Kolonialherren/-damen bemüht, Afrika ein „neues“ Verständnis von Arbeit aufzuzwingen. Nur so war es möglich - nach Abschaffung der Sklaverei - Produktivität sicherzustellen. Erziehung des Negers zur Arbeit hiess es, und die durch die Kolonialherren eingeführte Kopf- und Hüttensteuer zwang die an Subsistenzwirtschaft gewöhnten Afrikaner, sich gegen Geld bei den weissen Farmern zu verdingen - die Einführung der Lohnarbeit.

Arbeit ist auch heute in Afrika nur für einen sehr geringen Teil der Bevölkerung eine formale Beschäftigung, eine Rechtsbeziehung, die durch „Leistung gegen Bezahlung“ definiert ist. Die meisten Menschen in Uganda leben in der Subsistenz(land)wirtschaft und/oder das berühmte self-employment, also kleine und kleinste Geschäfte aller Art irgendwie und -wo am Strassenrand. Nur wenige können von einem formalen ArbeitsPLATZ sprechen, allenfalls von einem „job“ und das auch nur in urbanen Regionen.

Arbeit ist in Uganda keine fix definierte soziale Grösse. Es ist keine definierte Dimension, die in einem Leistungs-/Vergütungsverhältnis und somit in Effektivität, Effizienz

gemessen wird. Vereinfacht ist es für den Grossteil schlicht das, was man tun muss, um zu leben oder zumindest zu überleben.

Arbeit hängt auch von externen Faktoren ab: Eine zumeist ländliche Gesellschaft lebt im und vom Rhythmus des Regens. Er bestimmt, wann gearbeitet wird, gesät und geerntet wird.

Wenn nichts (mehr) zu tun ist, weil nichts von aussen gefordert oder notwendig wird, kann man sich anderen Dingen zuwenden. Es ist nicht weiter dramatisch, wenn man nicht produktiv, effizient und effektiv ist. Wenn nichts getan werden muss, „bleibt die Zeit halt stehen“ und wird somit nicht vergeudet - „time is not money“. Natürlich könnte man durch effizienteres Arbeiten den Ertrag und damit das Einkommen erhöhen, aber ob ein Erfolg und damit das offensichtliche Herausheben eines Einzelnen über den sozialen Mittelwert des Dorfes positiv bewertet wird, ist nicht immer sicher.

Arbeit ist – wie eigentlich auch im europäischen Altertum – Sache der unteren Stände: Wer Boss ist, muss eigentlich nicht mehr arbeiten – er „lässt arbeiten“. Der Traum eines jeden ist somit der „white-collar-job“. „Hochrangige“ Angestellte schreiben keine Briefe, keine Konzepte, bearbeitet keine Akten – sie lassen es tun und reduzieren damit massgeblich die Effektivität und Effizienz z.B. in der öffentlichen Verwaltung.

Für meine ugandischen KollegInnen ist der (überzogene?) europäische Leistungsansatz vielfach eine Qual: Wenn ich, „der Boss“, bis 19 Uhr im Büro sitze, so kann eigentlich niemand früher gehen; wenn ich am Wochenende im Büro bin, so haben manche ein schlechtes Gewissen, wenn sie nicht kommen. Und es wäre von allen akzeptiert, wenn „der Boss“ erst um 10 Uhr käme und um 14 Uhr wieder das Büro verliesse. Es stände ihm in seiner Position als „Boss“ zu. Europäische Kolleg/innen in Projekten geraten immer wieder in Konflikt, weil sie in ihrer begrenzten Vertragszeit so effizient wie möglich sein wollen und der eigene Leistungswillen keinen Widerhall findet.

Das in den Kolonialzeiten eingerichtete Bildungssystem ist zudem eine unglückliche Symbiose mit den zumeist extrem strengen Hierarchiestrukturen afrikanischer Gesellschaften eingegangen. Es ist nicht auf Selbstständigkeit, Kreativität oder Eigenverantwortlichkeit und Initiative ausgerichtet, sondern auf sklavisches genaues Befolgen von Anweisungen und Vorgaben. Wer sich „zu Wort meldet“, wird bestraft. Dies setzt sich konsequenterweise im Verständnis von ordnungsgemäßer Arbeitsethik fort: „You did not tell me“ - also wurde es nicht gemacht.

Die Konflikte lassen sich nicht einfach auflösen. Auf der einen Seite kann es nicht um die unangepasste Einführung der westlichen Arbeitsethik und der respektiven Bildungsideale gehen. Auf der anderen Seite wird Afrika ohne die Adaption der Parameter „Effektivität“ und „Effizienz“, kaum eine Chance haben, auf den Märkten der Welt wahrgenommen zu werden. ■

Arbeitslosigkeit macht depressiv

Von Dr. Albert Wuschitz

„Welche Firma ist dieses AMS“, hat meine Frau mich vor wenigen Wochen gefragt. „Das muss eine arge Firma sein. Weil von dort kommen so viele Patienten mit Depressionen.“

Dieses kurze Gespräch war für mich der Auslöser, um mir die Krankenscheine meiner Ordination einmal näher anzusehen. Das Ergebnis war ernüchternd: Rund 15 Prozent meiner Patienten hatten im ersten Quartal einen Krankenschein vom Arbeitsmarktservice (AMS). Damit ist inzwischen jeder sechste meiner Patienten arbeitslos. Diese Entwicklung ist alarmierend.

Dann habe ich mir die österreichische Arbeitslosen-Statistik zur Hand genommen. Ihr zufolge liegt die Arbeitslosigkeit in Österreich aktuell bei 7,8 Prozent. Damit war klar: Das Risiko an einer Depression zu erkranken, ist für Menschen ohne Beschäftigung doppelt so hoch wie für Menschen mit einem Arbeitsplatz. Aus den zahllosen Gesprächen mit meinen Patienten war noch etwas Anderes auffällig. Von der Depression sind besonders jene Menschen gefährdet, die einmal ein sehr gutes Einkommen hatten.

Wirklich erschreckend ist, dass die Situation, mit der ich in meiner Ordination täglich konfrontiert bin, kein Einzelfall ist. Viele meiner Kollegen werden bestätigen, dass das AMS bedauerlicherweise zu einem unserer wichtigsten Arbeitgeber geworden ist.

Vom AMS zum Psychiater

Viele Menschen, die unerwartet arbeitslos werden, gehen zunächst mit sehr viel Elan daran, eine neue Stelle zu finden. Aber mit der Zahl der Absagen geht der Verlust des Selbstwertgefühls einher. Zusätzlich bedrückend ist, dass diese Menschen von potentiellen Arbeitgebern hören: „Sie sind zu jung“ oder: „Sie sind zu alt“ oder immer öfter: „Sie sind überqualifiziert.“

Viele Menschen im privaten Umfeld wirken mit persönlichen Kommentaren in dieser Phase weniger fördernd als vielmehr deprimierend: „Wenn man eine Arbeit bekommen will, findet man sie auch“ oder: „Du musst halt ordentlich suchen.“

Wie Untersuchungen zeigen, ist das längst nicht mehr so einfach. Denn: Die Stellenandrangsziffer ist zuletzt gestiegen. Damit kommen auf immer weniger freie Arbeitsplätze immer mehr Bewerber.



DR. ALBERT WUSCHITZ

Nach einigen Monaten der vergeblichen Suche fühlen sich die Menschen entwertet, nutzlos und überflüssig. Das ist die nächste Phase. Das kostet Selbstsicherheit und schürt Zukunftsängste.

Besonders betroffen sind nach meiner Beobachtung arbeitslose Menschen ab dem 40. Lebensjahr. Wie ich aus den Gesprächen mit meinen Patienten weiß, wird die Vermittlung schwieriger, weil viele Unternehmen oft nur noch billige Arbeitskräfte aufnehmen, die dann entsprechend ausgebeutet werden.

Es kommt leider auch immer wieder vor, dass Patienten nach einer Krankschreibung beim nächsten Arztbesuch von ihrer Kündigung berichten. Auswirkungen wie psychosomatische Beschwerden sowie Depressionen sind in diesen Fällen besonders häufig die Konsequenz.

Eine meiner Patientinnen ist Magda Schendler (Name geändert). Sie ist Maturantin, kultiviert, aber seit drei Jahren arbeitslos. Ihr Arbeitswille ist intakt. Jede Woche bewirbt sie sich auf mindestens zwei Stelleninserate. Das Ergebnis ist für sie Woche für Woche frustrierend, weil inzwischen die Reaktionen der Unternehmen auf die Bewerbung ausbleiben. Es gibt oft nämlich überhaupt kein Feedback mehr. Und aus ihren Schilderungen weiß ich, dass sie ihr letztes persönliches Vorstellungsgespräch im vergangenen November hatte. Deshalb ist es in vielen Fällen nicht weiter verwunderlich, dass arbeitslose Menschen depressiv werden.

Viele meiner arbeitslosen Patienten fühlen sich vom AMS inzwischen nur noch verwaltet, aber nicht mehr unterstützt. Wenn wir diesen Menschen ohne Beschäftigung helfen wollen, müssen wir ihnen zeigen, dass sie mit ihrem Problem nicht alleine sind.

Um das zu erreichen, kann ich mir vorstellen, dass das AMS Selbsthilfegruppen für alle arbeitslosen Menschen mit Depressionen möglich machen sollte. In diesen Gruppen lernen die Betroffenen andere Menschen kennen, die in einer ähnlichen Situation stecken. Gemeinsam können diese Menschen wieder aus ihrer Isolation herausfinden, sich gegenseitig neuen Mut geben und wieder Arbeit finden. ■

Dr. Albert Wuschitz ist niedergelassener Facharzt für Psychiatrie und Neurologie in Wien.

Arbeit und Beschäftigung in Österreich

Von Abg.z.NR Christine Marek (Landesparteiobmann-Stellvertreterin
der ÖVP-Wien und Betriebsratsvorsitzende)

Arbeit und Beschäftigung sind die wohl größten Herausforderungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. Denn **langfristig** wird die demographische Entwicklung zu einem Arbeitskräftemangel in Europa führen und das Thema Erwerbslosigkeit eines Tages in den Hintergrund treten lassen. Das zeigen alle einschlägigen Studien. **Kurzfristig** – also nach derzeitigen Studien bis ungefähr 2010 – haben wir aufgrund verschiedener Indikatoren aber einen Arbeitskräfteüberschuss auf dem heimischen Arbeitsmarkt und stehen damit vor dem Problem, mehr Arbeitssuchende als Arbeit zu haben. Österreich konnte zwar im Jahr 2004 die drittniedrigste Arbeitslosenquote in der EU vorweisen und hat mit einer Gesamtbeschäftigungsquote von beinahe 70% bereits das EU-Beschäftigungsziel für 2010 erreicht. Vom Ziel der Vollbeschäftigung sind wir aber noch deutlich entfernt - und jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zuviel.

Aus dem **Versagen des Autro-Keynesianismus** haben wir gelernt, dass Politik nicht „einfach so“ Arbeitsplätze schaffen kann. Selbst der Sozialdemokrat Tony Blair hat anlässlich der Schließung des Rover-Werkes in Birmingham eingestanden, dass er selbst das Unternehmen nicht retten kann. „I can't – myself – save the company“, sagte er unlängst in einem Radio-Interview zu dieser Werkschließung, durch die 5.000 Arbeitsplätze auf einen Schlag verloren gehen.

Aufgabe der Politik kann es nur sein, Rahmenbedingungen zu gestalten und Schwerpunkte zu setzen. So wurden in Österreich beispielsweise seit 1999 die Budgetmittel für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik auf heute 1,5 Milliarden Euro verdoppelt. Das österreichische **Arbeitsmarktservice (AMS)**, das zu

den besten der Welt gehört und in Europa als Best-Practise Vorbild gehandelt wird, wird sein Personal für die Beratung um 350 Mitarbeiter aufstocken. Zusätzliche 15 Millionen Euro werden für Schulungs- und Vermittlungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Als besonderer Erfolg des AMS kann der Rückgang der **Langzeitarbeitslosigkeit** in Österreich gewertet werden. Bis Ende Jänner 2005 konnte die Zahl der Langzeitarbeitslosen mit einer Vormerkdauer von über einem Jahr gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 6.818 bzw. 29,6 % auf 16.179 kräftig gesenkt werden. Verglichen mit Deutschland, wo die **Verweildauer in Arbeitslosigkeit** bei ca. 35 Wochen liegt, hält Österreich derzeit aufgrund der Anstrengungen in der Arbeitsmarktpolitik in den vergangenen Jahren bei 15,5 Wochen und damit heute schon fast sieben Wochen unter dem Beschäftigungsziel, das sich Bundeskanzler Schröder in Deutschland in der Agenda 2010 selbst gesetzt hat. Ähnlich ist das Bild bei der **Jugendarbeitslosigkeit**: Österreichs Arbeitslosenquote bei Jugendlichen ist halb so hoch wie der EU-Schnitt – was aber noch lange kein Grund zum Aufatmen ist. Gerade die Generationensolidarität verlangt, besonders Jugendlichen die Chance zu geben, sich eine sichere Zukunft aufbauen zu können - sei dies nun durch weitere Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten oder geförderte Arbeitsplätze als Einstiegschance.

Durch das langsame Auslaufen der Frühpension auf der einen Seite und das **Reformpaket für ältere Arbeitnehmer** auf der anderen Seite wird nun auch ermöglicht, dass die Anzahl der älteren Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt in Österreich zu steigen beginnt (1,4% innerhalb des letzten Jahres). Die



ABG.Z.NR CHRISTINE MAREK

Neuerungen im Rahmen der Aktion 56/58 beinhalten neben der Einführung eines Rechtsanspruches auf Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitssuchende über 50, der Verlängerung des Altersteilzeitmodells auch die Reduzierung der Lohnnebenkosten bei älteren Arbeitnehmern aufgrund der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages.

Damit auch **Frauen** die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – eine der zentralen Problemstellungen – leichter als bisher leben können, wurde in Österreich ein Rechtsanspruch auf Elternteilzeit eingeführt. Dieses Modell kommt auch dem Wunsch nach einer besseren partnerschaftlichen Aufteilung der familiären Aufgaben entgegen. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer, die/der in einem Betrieb mit mehr als 20 Mitarbeitern beschäftigt ist, hat nach der Geburt eines Kindes bis zu dessen Alter von sieben Jahren oder bis zu dessen Schuleintritt einen Rechtsanspruch darauf, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf eine flexible Gestaltung dieser Phase/n gelegt. Als weitere Maßnahme, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, wurde mit dem Kinderbetreuungsgeld auch die Zuverdienstgrenze für den betreuenden Elternteil um das Vierfache des bisherigen Betrages (was defacto ein Beschäftigungsverbot war) auf 14.600 Euro angehoben.

Arbeit ist Element der Menschenwürde und der Persönlichkeitsentfaltung, längst nicht mehr nur Bürde und Last. Daher sind die Pläne von Bundesministerin Lise Prokop, die künftig eine Erleichterung bei der Beschäftigung von **Asylwerbern** bringen sollen, zu begrüßen. Asylwerber sollen bei Gemeinden bzw. gemeinnützigen Organisationen tätig werden können, um so ihrem Auf-

enthalt durch einen selbstständigen Zuverdienst einen Sinn geben zu können. Eine ähnliche Intention verfolgt die **Verfahrensvereinfachung beim Erwerb von Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitsbewilligungen**. Die bisher völlig getrennte Beurteilung von Aufenthalts- und Arbeitsmarktfragen soll zusammengeführt werden.

Sozial ist was Arbeit schafft. Und die Arbeit aller arbeitsfähigen Menschen schafft die Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates. Darum gilt es immer dafür zu kämpfen, soviel Menschen wie möglich in den Arbeitsmarkt integriert zu haben und im Erwerbsprozess zu halten. Aus diesem Grund dürfen wir auch nicht müde werden, notwendige und zeitgerechte Lösungen auf breiter Basis zu suchen und zu diskutieren, wie es derzeit auf den Arbeitsmarktgipfeln und Reformdialogen zum Thema Wachstum und Arbeit bereits geschehen ist und weiter geschieht. ■

Arbeitslosigkeit hat höchste politische Priorität

Von Abg.z.NR Heidrun Silhavy (SPÖ-Sozialsprecherin)

Die Begriffe von Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit verändern sich rasant, der Druck auf die Betroffenen steigt beständig. Im Widerspruch zu Deregulierung und Lohndumping setzt die SPÖ auf ein Bündel an Maßnahmen zur Sicherung des heimischen Arbeitsmarkts.

Über die Bedeutung von Erwerbsarbeit und die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit wissen wir spätestens seit der Studie über „die Arbeitslosen von Marienthal“ Bescheid. Mit Erwerbsarbeit verbindet unsere Gesellschaft den Zugang zu Einkommen, sozialer Sicherheit, aber auch der soziale Status wird über Erwerbsarbeit weitgehend definiert. Damit ist Arbeit ein bedeutender Faktor für den Aufbau der persönlichen Identität, von Kompetenzen, Unabhängigkeit von Lebensformen und bietet auch einen besonderen Anreiz von politischer Teilhabe und Integration z.B. durch Interessensvertretungen.

Arbeitslosigkeit hingegen wird häufig von Existenz- und Zukunftsangst begleitet, bietet oftmals geringere Teilhabechancen in unserer Gesellschaft. Die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung, oder Arbeitslosigkeit und Gesundheitsrisiken, als zwei wesentliche Beispiele, wurden und werden immer wieder in Untersuchungen dargestellt.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist aber nicht mehr in Kategorien wie Standardarbeit und Arbeitslosigkeit zu unterteilen. Längst schon haben sich weitere Bruchlinien gebildet. Arbeit in prekären Arbeitsverhältnissen, die sich wiederum stark in Form und Wirkung auf die Betroffenen unterscheiden. Arbeit, von der man nicht leben kann und mit nur mar-

ginaler Berücksichtigung im Sozialsystem, wie beispielsweise nur Unfallversicherungspflicht bei geringfügigen Beschäftigungen. Scheinselbstständigkeit mit totaler Abhängigkeit von einem Unternehmen, Zeitarbeitsverhältnisse ohne Absicherung gegen Erwerbslosigkeitsphasen, oder weibliche Teilzeitarbeit sind nur einige weitere Beispiele dafür, dass sich die Begriffe von Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit in einem rasanten Tempo verändern.

Wird am Produktionssektor die Deregulierung und der Abbau von Löhnen und ArbeitnehmerInnenrechten mit der Abwanderungsdrohung immer mehr durchgesetzt, so kommt es im Bereich der privaten Dienstleistungen zu einer neuen „Völkerwanderung“.

Da werden AltenpflegerInnen, Heimehilfen, aber auch Krankenschwestern über so genannte karitative Vereine als Vereinsmitglieder für Vereinsmitglieder aus Ländern wie Tschechien, der Slowakei usw. vermittelt. Konservative, so genannte neoliberale, Politik beschleunigt und verstärkt den Abbau des Wertes der Arbeitskraft. Die lange Zeit andauernde Unterstützung der Regierung für die Bolkestein-Richtlinie, die geplante Einführung des Dienstleistungsschecks mit der Legalisierung von Kettenarbeitsverträgen, oder das Auspielen von verschiedenen, von Arbeitslosigkeit betroffenen Gruppen, sind einige Beispiele für diese Politik.

Lohndumping und Arbeitszeitverlängerung sind mit Sicherheit die falschen Antworten auf diese brennenden Probleme. Laut Wirtschaftskammer verzeichnet Österreich ein Exportwachstum (reale Warenexporte) von 1996 bis 2006 (einschließlich 2003-2006) von 7,4% pro Jahr.



ABG.Z.NR HEIDRUN SILHAVY

SPÖ Vorsitzender Alfred Gusenbauer hat der Bundesregierung den „Österreich Vertrag für Arbeit und Wachstum“ angeboten, weil die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit höchste politische Priorität haben muss. Dabei handelt es sich unter anderem um Maßnahmen in den Bereichen Aktive Arbeitsmarktpolitik, Modernisierung der Infrastruktur, Steuerpolitik, Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Sozialbetrug, Ausbildungslastenausgleich.

Wir wissen, dass so vielschichtige Probleme auch vielfältiger Maßnahmen bedürfen.

Daher geben wir SozialdemokratInnen mit den Konzepten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit durch lebensbegleitendes Lernen, gesundheitlicher Prävention, dem einbeziehen aller Beschäftigungsformen in das System der sozialen Sicherheit, aber auch dem Modell der bedarfsorientierten Mindestsicherung Lösungsantworten, die den Menschen in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellen. ■

Gefördert durch



Wissen bereitstellen, Kompetenz teilen.

Sozialpolitische Datenbank

Performance & Quality Compass

Organisationen schaffen und vernetzen

Treffpunkt Weiterbildung

eQualifikation

www.sozial-wirtschaft.at

Vortrag und Diskussion

Donnerstag, 19. Mai 2005
18.30-20.30 Uhr

Renner-Institut, Kreisky-Saal
1120 Wien, Khleslplatz 12

BRIGITA SCHMÖGNEROVÁ
(Geschäftsführerin der United Nations Economic Commission for Europe) spricht zum Thema **The European Social Model at the Crossroads**

Am Podium:

EVA BELABED

Geschäftsführerin des Instituts für Sozial- und Wirtschafts-wissenschaften der Arbeiterkammer Oberösterreich und Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss; Linz

ERWIN BUCHINGER

Landesrat für Arbeit und Soziales; Salzburg

ERHARD FÜRST

Geschäftsführer von „Austria perspektiv“, ein Institut der österreichischen Wirtschaft; Wien

Moderiert von:

CASPAR EINEM

Abg.z.NR, stv. Klubobmann und Europasprecher der SPÖ; Wien

Anmeldung:

T 01-804 65 01-28

F 01-804 08 74

E walla@renner-institut.at

Freigehege und IG Freie Theaterarbeit

Montag, 9. Mai 2005,
ab 19 Uhr

KosmosTheater
(Siebensterng. 42, 1070 Wien)
zur Uraufführung von
„Die Theatermacher“
zur Diskussion
"Die TheatermacherInnen & ihre prekären Arbeitsverhältnisse"
zum Fest

PROGRAMM

19.00-20.00 Uhr:
Uraufführung "Die Theatermacher"
Dokumentarfilm von Freigehege
(Berenice Pahl und Peter Hirsch,
D/Ö 2005).

ab 20.00 Uhr:
Diskussion: "Die
TheatermacherInnen & ihre prekären
Arbeitsverhältnisse"

Am Podium:

Monika Mokre (FOKUS)

Monika Klengel (Theater im
Bahnhof)

Gernot Plass (u.r.theater)

Wolfgang Zinggl (Kultursprecher
der Grünen)

Moderiert von:
Sabine Kock (IGFT)

Im Anschluss an die Podiums-
diskussion wird die Uraufführung
des Films mit einem Fest für die
freie Szene gefeiert!

Die EU-Dienst-
leistungsrichtlinie

Donnerstag 2. Juni,
10.00-15.30,

BAWAG Hochholzerhof,
Seitzergasse 2-4, 1010 Wien.

Eine Veranstaltung von GPA und der
Gewerkschaft der Gemeinde-
bediensteten.

**RÄCHER DER
ENTERBTEN DATEN**

Überwachung und Datenmissbrauch
- Trends und Gegenmaßnahmen

Donnerstag, 12. Mai 2005,
18.00 Uhr

Hauptbücherei Wien - Am Gürtel,
Veranstaltungssaal
1070 Wien, Urban-Loritz-Platz 2a,

PROGRAMM

1. Begrüßung
2. Präsentation der aktuellen
Broschüre "Rächer der
enterbten Daten"
3. ExpertInnendiskussion mit
Manuela Blum (AK-Wien),
Franz Schäfer (Sysadmin),
Hans Zeger (ARGE Daten) und
einer VertreterIn
der quintessenz
4. Abschluss & Buffet

Nähere Informationen zur
Veranstaltung :
<http://www.interesse.at/Content.No.de2/channels/it/content/itwien.html>

Anmeldung per Mail:
eveline.franz@gpa.at oder
per Tel: 01/31308/430

*Der GLOCALIST übernimmt keine Gewähr
und Haftung für Preis- Ort- und
Zeitangaben.

Nachstehend eine Stellungnahme von CSR AUSTRIA zur sich konstituierenden NGO Allianz CSR – der GLOCALIST hat berichtet in Ausgabe Nr.69/05 - und CSR im allge-

meinen. Wir freuen uns hier auf den Dialog und sehen weiteren Kommentaren entgegen.

Christian Neugebauer

CSR – Dialog verbreitern

Von Roman H. Mesicek (Projektleiter Initiative „CSR Austria“)

In der vergangenen Woche hat eine breite Allianz aus ArbeitnehmerInnen-interessensvertretungen und NGOs ein „Österreichisches CSR Netzwerk“ gegründet. Die Initiative „CSR Austria“ begrüßt diese Plattform, und sieht darin auch die Möglichkeit, die Diskussion über die Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen zu verbreitern, und im Dialog zu einem gemeinsamen Verständnis zu gelangen.

Jedoch ist an dieser Stelle anzumerken, dass CSR – Corporate Social Responsibility – ein Konzept speziell für Unternehmen ist, die sich zu ihrer ökonomischen, sozialen und ökologischen Verantwortung bekennen. CSR ist ein Managementansatz zur Implementierung der Vision der „Nachhaltigen Entwicklung“ in die Unternehmensstrategie. Unserer Ansicht nach ist es wichtig, dass Unternehmen und Führungskräfte vermittelt bekommen, dass es bei CSR um „ihr“ Modell gesellschaftlicher Verantwortung geht.

CSR als Dialoginstrument

Natürlich bedarf es in dieser neuen Rolle der Unternehmen als Teil der Gesellschaft auch des Dialogs mit Anspruchsgruppen. Im CSR Leitbild der Wirtschaft bekennt sich diese auch dazu: „Das Zusammenwirken gesellschaftlicher Organisationen mit den Instanzen der Politik und den Unternehmen stärkt den für diese Orientierung so unerlässlichen Dialog. Der österreichische Weg der Sozialpartnerschaft erweist sich immer wieder aufs Neue als zielführend, indem er wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert und in Wohlstand, sozialen Frieden und hohen Umweltstandards mündet. Auf

Betriebsebene ist der Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfolgreicher Bestandteil österreichischer Unternehmenskultur.“

Dies spiegelt sich auch darin wieder, dass ein zentrales Instrument von CSR für viele Unternehmen die Stakeholder-Kommunikation ist. Unternehmen begeben sich dabei intern und extern in einen aktiv gesteuerten Dialog und bauen dadurch Vertrauen auf. Neben Mitarbeitern, Kunden, Lieferanten und Investoren zählen insbesondere Dialoggruppen aus dem gesellschaftlichen Umfeld oder aus dem Umweltbereich zu den Stakeholdern. Der Kontakt mit diesen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, welche direkten oder indirekten Einfluss auf das Geschäft ausüben, ermöglicht es den äußeren Druck besser einschätzen und Krisen besser bewältigen zu können. Stakeholder-Kommunikation ist daher zugleich aktives und präventives Risikomanagement. Weil Krisensituationen aber immer auch unberechenbar sind, ist der aktiv geführte Dialog mit den Stakeholdern gerade in schwierigen Zeiten notwendig. Dieser Dialog kann als Frühwarnsystem dienen, um externe Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf ein Unternehmen besser abzuschätzen.

Die Vielfalt als wesentliches Merkmal

Doch sind natürlich nicht alle Unternehmen gleich, und so stützen sich CSR-Programme inhaltlich auf unterschiedliche Schwerpunkte, je nach der Positionierung, die das Unternehmen zukünftig vornehmen will. Dabei kann es um so unterschiedliche Themen gehen wie Frauenförderung, Beseitigung von Diskriminierungen, Bildungsinitiativen, Corporate Governance, Maßnahmen oder



ROMAN H. MESICEK

Programme der Entwicklungszusammenarbeit. Insofern gilt es zu respektieren, dass jedes Unternehmen eine eigene Herangehensweise zu der Umsetzung von CSR im Unternehmen wählt, einen „one-size-fits-all“ Ansatz wird man vergeblich suchen.

Unternehmen erkennen zunehmend, dass verantwortliches Verhalten zu nachhaltigem Unternehmenserfolg führt und gerade in dieser Vielfalt der Ansätze liegt die große Stärke des Konzepts der Corporate Social Responsibility. Gemeinsam mit diesen engagierten Unternehmen, will die Initiative „CSR Austria“ den positiven Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft weiter fördern, und hofft somit mit der zivilgesellschaftlichen Plattform zu CSR verstärkt ins Gespräch zu kommen. ■

Wozu brauchen wir ein Asylgesetz?

Von Michael Genner (Geschäftsführer Asyl in Not)

Ich lese die Gesetzentwürfe nicht mehr, ich kann die Diskussionen darüber nicht mehr hören. Seit 1989 berate und betreue ich Flüchtlinge im Asylverfahren. In dieser Zeit gab es vier Asylgesetze, das fünfte soll jetzt beschlossen werden; vier Innenminister habe ich politisch überlebt, Frau Prokop ist jetzt Nummer fünf...

Jedes neue Gesetz war schlechter als das vorige – ausgenommen das dritte, das von Caspar Einem entworfen, aber leider erst unter Schlögl in verschlimmerter Form beschlossen wurde. Es hat uns mit dem Unabhängigen Bundesasylsenat (UBAS) erstmals so etwas wie ein faires Verfahren gebracht. Aber der große Wurf war es auch nicht. In Wirklichkeit hat jedes dieser Gesetze Beschränkungen der Genfer Flüchtlingskonvention mit sich gebracht.

Aber – Hand aufs Herz: Wozu brauchen wir überhaupt ein Asylgesetz? Wir haben doch schon die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK); sie steht im Gesetzesrang und ist von jeder Behörde unmittelbar anzuwenden. Mit diesem Instrument allein hat Österreich 1956 den Flüchtlingsstrom aus Ungarn bewältigt; das erste Asylgesetz wurde nämlich erst 1968 beschlossen.

Wir haben weiters die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) im Verfassungsrang. Auch sie ist von jeder Behörde anzuwenden. Und wir haben das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz (AVG).

Das genügt doch: Anträge auf Feststellung der Flüchtlingseigenschaft sind nach dem AVG zu behandeln; Anträge auf subsidiären Schutz im Sinne der Menschenrechtskonvention oder aus anderen humanitären Gründen ebenso.

Behörden brauchen wir dann noch. Eine gibt es schon per Verfassungsgesetz: den UBAS. Er ist als Berufungsbehörde gedacht. Aber da er meist ohnedies die ganze Ermittlungsarbeit selber machen muß, weil die erstinstanzlichen Verfahren so mangelhaft sind, könnte man im Sinne der Verfahrensökonomie doch gleich den UBAS (nach gehöriger Aufstockung seines Personals) zur ersten Instanz machen und das Bundesasylamt einsparen.

Bitte mich nicht falsch zu verstehen: Ich kenne im Bundesasylamt auch brave und fleißige Beamte, die sich redlich bemühen, ihre Arbeit zu tun. Aber das Bundesasylamt als Institution, deren Aufgabe es angeblich sein

sollte, Flüchtlingen Schutz zu gewähren, hat in all den Jahren seit seiner Gründung völlig versagt.

In Wirklichkeit hat dieses Amt nämlich gar nicht den Zweck, der im Namen steht. Es wurde schon von seinen Gründungsvätern, Löschnak und Matzka, als Werkzeug der Asylverhinderung konzipiert.

Das ergibt sich schon daraus, daß es dem Innenministerium untersteht. Eine künftige Reform wird vor allem dafür sorgen müssen, daß das ganze Asylwesen aus dem Sicherheitsbereich ausgegliedert wird. Dort hat es überhaupt nichts verloren.

Raus aus dem Innenministerium!

Vielleicht sollen wir den UBAS aber nicht überfordern. Denkbar wäre auch, das erstinstanzliche Verfahren in einem künftigen Staatssekretariat für Integration und Einwanderung anzusiedeln. Jedenfalls außerhalb des Innenministeriums!

Dieses neue Amt müsste, wie der UBAS, öffentlich verhandeln. Zweitinstanz bliebe der UBAS, Beschwerdeinstanz wie bisher der Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof.

Diese Behörden hätten die Verfahren nach dem AVG zu führen – allenfalls unterstützt durch ein schlankes, auf wenige Paragraphen reduziertes Asylgesetz.

Sie hätten Asyl zu gewähren aus den Gründen der GFK, aber auch im Sinne der EMRK sowie aus humanitären Gründen. Die GFK ist nämlich keine Höchst-, sondern eine Mindestnorm.

Asyl aus allen diesen Gründen müsste die gleichen Rechtsansprüche (Recht auf Arbeit, unbefristeter Aufenthalt, Reisedokument, rasche Einbürgerung) nach sich ziehen.

Völlig abgeschafft würden die Drittland- und Dublinverfahren. Sie stellen eine willkürliche, sachlich unbegründete Einschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention dar. Außerdem kosten sie Unsummen Geld, sodaß ihre Streichung auch ganz im Sinne der Steuerzahler ist.

Eine solche Reform wird freilich erst nach Abschaffung der Regierung Schüssel möglich sein. Aber vielleicht schafft diese Regierung sich ohnedies bald selber ab. Dann wird der Weg frei sein für die Wiederherstellung des Asylrechts und der Menschenrechte in diesem Land. ■

Der Business Case CSR

Von Mag. Martin Neureiter (Unternehmensberater und Mitglied der Experts Group CSR der UBIT/WKO)

Es ist in dieser Kolumne schon viel über CSR geschrieben worden, es sind die verschiedenen Formen von CSR beschrieben worden, die Vielfältigkeit von CSR – die ja auch noch immer deren Fluch ist – und deren Umsetzungsmöglichkeiten. Wenig kommt vor, warum Unternehmen eigentlich CSR machen sollen. Wir schieben CSR selber immer in das Eck der Soft Facts, Soft Skills oder sonstiger Weichspülelemente. Doch irgendjemand Schlauer hat einmal gesagt, Wirtschaft ist Krieg mit anderen Mitteln, da ist für Unternehmen das Softsein ein Add on, dann wenn es gut geht, wenn Geld in der Kassa ist.

Aber ist CSR das überhaupt?

Unternehmen wollen wissen woran sie sind, wenn ihnen jemand etwas neues einreden will, was wiegts, was kosts, was bringts, auf gut wienerisch. Und dann beginnt meistens das stammeln und das rumreden, da stehen wir in der Diskussion noch immer an, weil der Business Case CSR so schwer nachzuweisen ist.

Ist er das wirklich?

In meiner CSR Welt ist er dies beileibe nicht, denn es liegt auf der Hand, dass wenn ich Interessen aller von meinem Tun potentiell Betroffener von Anbeginn an in mein unternehmerisches Handeln mit einbeziehe, ich mir jede Menge Transaktionskosten und vor allem Konfliktkosten erspare. Jeder Mitarbeiter, der in der Früh ins Unternehmen kommt mit dem einzigen Gedanken, wann die Uhr endlich 17 schlägt, der bringt mir nicht viel, der kostet. Jeder Wechsel eines Mitarbeiters kostet mich Länge mal Breite. Jeder neu einzuschulende Mitarbeiter kostet und dann beginnt das Rad von vorne.

Doch es geht noch viel einfacher, vertraue ich Dir und Du vertraust mir, dann

sparen wir uns schon mal den Rechtsanwalt (sorry Jungs), wir sparen uns aber auch interne Kontrollmechanismen, die Arbeitskraft und Ressourcen bindet und nur dazu dient, zu überprüfen, ob jemand Betriebsfremder etwas tut, was dem Betrieb schaden könnte. Zahlen wir unsere Rechnungen wenn sie fällig sind (nicht unbedingt früher) dann leben wir gut mit dem billigsten aller Kredite, dem Lieferantenkredit und müssen nicht fürchten, in Zukunft erst zahlen zu müssen, und dann erst die Ware zu bekommen. Ganz zu schweigen von der guten Nachrede die ich habe, wenn ich pünktlich zahle, vielleicht kriege ich bei der nächsten Preisrunde doch noch dieses eine oder andere Prozent vom Einkaufspreis runter. Ich will ja länger am Markt bestehen, nicht morgen in eine neue Branche wechseln, kostet ja nur wieder, Investitionen, Kapital, Kraft und Zeit.

Jetzt ist das alles nicht unbedingt neu, nur scheint niemand vor lauter CSR Wald den Ergebnisbaum mehr zu sehen. Das oben beschriebene machen viele Unternehmen schon ewig so, nur leider haben auch einige es nicht mehr gemacht, weil sie sich auf die anderen, die es machen, verlassen haben und dann hat es gekracht. Nicht immer so laut wie bei ENRON oder Parmalat, aber laut genug für einzelne Mitarbeiter, die ihren Job verloren haben oder für den Staat, der keine Steuern verdient hat, sondern noch Geld aus dem Entgeltfortzahlungsfonds locker machen musste.

CSR ist die Rückbesinnung auf die Tugenden des „ordentlichen Kaufmannes“ und als Konzept und Strategie heute so wichtig wie noch nie. Denn nicht in allen Unternehmen sitzt ein klassischer „Kaufmann“ der vom Lieferanten über die Mitarbeiter bis zum Kunden jeden beim Namen kennt, sondern die Wirtschaft hat sich weiterentwickelt, ist



MAG. MARTIN NEUREITER

arbeitsteilig geworden und hat sich entlokalisert – sie ist global geworden.

Hier bedarf es der CSR im Unternehmen, vom Missionstatement bis zum unternehmerischen Handeln, von der Managemententscheidung bis zur Umsetzung, von der Idee bis zum Reporting. Und das muss gemanagt werden, am besten mit Hilfe von echten Experten, damit es nicht nachher heißt, die ordentlichen Kaufmänner, die gibt es nicht mehr, es gibt nur ordentliche Rechtsanwälte, die ordentlich verdienen, weil wir uns alle ordentlich misstrauen.

Mag. Martin Neureiter ist Geschäftsführer der MNC, Mag. Martin Neureiter Consulting KEG in Wien.

Vortragsreihe des OeNWE - Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik

Veranstaltungen 2005

Ort: iv, 1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4
 Zeit: 18.30 Uhr (**pünktlich**) bis 20.30 Uhr
 Form: 20-minütiges Impulsreferat mit anschließender Diskussion
 Moderation & Konzeption: Dr. Eugen-Maria Schulak (Mitglied Ethik-Beirat des OeNWE)

3. Mai **Andreas Reinisch**
 (Aufsichtsratsvorsitzender HumansWorld AG)
Ethik des Seins. Was treibt uns!? Der Monolog im Dialog...

7. Juni **Dr. Herbert Unterköfler**
 (Managing Partner Korn/Ferry)
Konsumentenverhalten und Wirtschaftsethik

5. Juli **Univ. Doz. Dr. Manfred Füllsack**
 (Autor des Buches „Leben ohne zu arbeiten“)
Leben ohne zu arbeiten?

6. September **Univ.-Prof. Dr. Karl Kollmann**
Verbraucher und „Ethik am Markt“

4. Oktober **Dr. Reinhard Schanda**
**Liberalisierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge
 Wie weit reicht die Aufgabe des Staates?**

2. November **a.o.Univ.-Prof. Dr. Christian Friesl**
"Erfolg mit Verantwortung? CSR in Österreich"

6. Dezember **Andreas Reinisch**
**Reflexion über die Seele des Unternehmens
 (mit Videopräsentation)**

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos. Um Anmeldung wird gebeten: info@oenwe.com
 Österreichisches Netzwerk Wirtschaftsethik, Gentzgasse 121/2, A-1180 Wien, Österreich
 Tel: +43 (1) 479 978 4, Fax: +43 (1) 479 978 4

SCHATTENBERICHT

Wien - Alle drei Sekunden stirbt ein Kind an Hunger oder vermeidbaren Krankheiten. Vor fünf Jahren wurden von der UNO und ihren Mitgliedsstaaten die Millennium Entwicklungsziele (MDGs) verabschiedet, um dem ein Ende zu machen. Die Umsetzung der ambitionierten Ziele - Halbierung der Armut, Schulbesuch für alle Kinder, Verbesserung der Gesundheitsversorgung bis 2015- rückt jedoch zunehmend in weite Ferne.

NGOs präsentieren im Rahmen der nullkommasieben Kampagne einen "MDG-Schattenbericht", der Österreichs Fortschritte und Versäumnisse bei der Umsetzung der MDGs bewertet. "Bekanntnisse zur Armutsbekämpfung sind schön, aber zu wenig ohne konkrete Umsetzung. Wenn den Worten keine Taten folgen, wird die Armut mehr und nicht weniger", resümiert Elfriede Schachner, Sprecherin der nullkommasieben Kampagne. Im Dreijahresprogramm der österreichischen EZA ist zwar Armutsreduzierung klar als Oberziel festgelegt, in der Umsetzung zeigt sich jedoch eine große Diskrepanz: zu wenig Geld wird zu wenig zielgerichtet eingesetzt. Daneben kritisiert der Schattenbericht Österreichs zögerliche Haltung in Fragen der multilateralen Entschuldung und Österreichs fehlende klare Positionierung in Fragen der Sonderbehandlung von Entwicklungsländern im Rahmen der Welthandelsdebatten.

nullkommasieben Kampagne fordert:

- Festlegung eines Stufenplans zur Erreichung von 0,7% ODA bis 2010 und dementsprechend Zustimmung zu den von der EU vorgeschlagenen Mindestzielen

- Schrittweise Erhöhung des bilateralen gestaltbaren Entwicklungszusammenarbeit- Budgets mit Schwerpunkt auf die ärmsten Länder und Ausrichtung auf die Umsetzung der MDGs entsprechend den nationalen Prioritäten der Partnerländer
- Verzicht auf Einrechnung von Entschuldungsmaßnahmen in die ODA nach dem Vorbild Norwegens (insbesondere Irak)
- Aktiver Einsatz für einen EU-weiten Konsens zu neuen Finanzierungsquellen wie Kerosinsteuer und Devisentransaktionssteuer und Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steueroasen
- Einsatz für eine rasche Einigung zu 100% Entschuldung für alle Länder, die auf Grund ihrer Verschuldung die MDGs nicht erreichen können, finanziert aus Verkäufen der IWF- Goldreserven
- Verbindlicher Abbau von Agrar-Exportsubventionen und Einsatz für Zollmaßnahmen für Entwicklungsländer, um deren Bäuerinnen und Bauern vor Dumping zu schützen.
- Abstimmung aller Maßnahmen in Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik, sodass sie die Ziele der Entwicklungspolitik unterstützen und nicht unterlaufen

MDG Schattenbericht zum Download unter: <http://www.nullkommasieben.at/start.asp?b=249>

AGENDA 21

Projekt

Servitengasse 1938 -
Schicksal
Verschwundener

Wien - Die Projektgruppe auf der Suche nach Materialien, die die Schicksale der vertriebenen und ermordeten jüdischen BewohnerInnen der Servitengasse ans Licht bringen:

Das Projekt „Servitengasse 1938 – Schicksale der Verschwundenen“ sucht Zeitzeugen, Fotos, Erinnerungen und Dokumentationsmaterial. ■

Kontakt:

Mail: Servitengasse1938@gmx.at
Mobil: 0676 70 66 138

Söhne

Mannheims

unterstützen

WORLD VISION

Wien/Friedrichsdorf - Die „Söhne Mannheims“ unterstützen mit ihrer nächsten Single „Wenn Du schläfst“ die Arbeit der Hilfsorganisation WORLD VISION. Die CD kommt am 2. Mai deutschlandweit in die Plattenläden. Ein Teil des Erlöses fließt in die Projektarbeit des christlichen Hilfswerks. „Erhebt Eure Stimme gegen die Armut!“ appellieren die Söhne Mannheims an alle. Dafür sehen sie zahlreiche Wege: „zum Beispiel eine Kinderpatenschaft bei WORLD VISION, oder beteiligt Euch bei der Unterschriftenaktion Deine Stimme gegen Armut. Wir müssen was bewegen, sonst bewegt sich nichts. Peace geht raus!“. Der Song `Wenn Du schläfst´ ist eine Danksagung an alle Menschen, die sich für die Bedürftigen und Kinder dieser Welt einsetzen. Auch in dem Musikvideo zu „Wenn Du schläfst“ unterstützen die Söhne Mannheims WORLD VISION. Der Clip wurde zum ersten Mal bei der Echo-Verleihung Anfang April vorgestellt. Mittlerweile läuft er bereits bei den Musiksendern MTV und VIVA. ■

Kampagne für Burma >> TOTALitarian Oil

Wien - Eine jahrelange und ausführliche Studie hat ergeben, dass der 4. größte Erdölkonzern der Welt – TOTAL – der größte Investor in Burma ist. Das Militärregime verdient damit Hunderte Millionen Dollar. Investitionen in Burma haben dem Regime verholfen, die Größe der Armee in den letzten Jahren zu verdoppeln. Diese Armee ist verantwortlich für brutale Menschenrechtsverletzungen entlang der Pipeline: Zwangsarbeit, ZwangsträgerInnen, Folter

und Vergewaltigung. Zusätzlich wurden die Sanktionen der Europäischen Union durch die Französische Regierung blockiert, weil diese die Interessen von TOTAL in Burma schützen wollte. Wie kann man an der Kampagne teilnehmen?

Online-Postkarten unter <http://www.burma-campaign.org.uk>. Der Studienbericht und die Protestpostkarten können in gedruckter Form unter ABC.Burma@gmx.at angefordert werden. ■

And the Winner is...

Wien - Das international ausgerichtete Bildungsprojekt "Education for Global Citizenship: New Ways to learn for our Future" ist mit dem "World Aware Education Award 2005" ausgezeichnet worden. Das Projekt wird von den österreichischen NGOs SÜDWIND-AGENTUR und INTERKULTURELLES ZENTRUM koordiniert.

Das Nord-Süd-Zentrum des Europarates vergibt jährlich den "World Aware Education Award" an Projekte, die sich mit Globalem Lernen beschäftigen, sich für nachhaltige Entwicklung sowie intensive Partnerschaften zwischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Bildungsinstitutionen einsetzen. Franz Halbartschlagler (SÜDWIND-AGENTUR) und Barbara Helm (INTERKULTURELLES ZENTRUM) haben am 22. April 2005 in Dublin diesen Preis für ihr Projekt "Education for Global Citizenship: New Ways to learn for our Future" entgegen genommen. Die Preisverleihung erfolgte durch Conor Lenihan, dem irischen Staatssekretär für Entwicklungshilfe und Menschenrechte. ■

Website Relaunch -

www.wirtschaft-und-gesellschaft.at

Die neue Homepage von www.wirtschaft-und-gesellschaft.at ist online! Der Relaunch der Serviceseite der Gesellschaftspolitik in der IV bietet mehr Informationen, Terminankündigungen und News, sondern auch Hintergrundmaterial zu gesellschaftspolitischen Fragen.

Eine übersichtliche Linkleiste auf der linken Seite bietet alle wichtigen Informationen auf den ersten Blick. Neben den aktuellen

Terminen, die in zeitlicher Reihenfolge gelistet sind, geben aktuelle Artikel, sogenannte "News", Aufschluss über wichtige gesellschaftspolitische Themen. Zudem führen ausführliche Seiten zu CSR und Nachhaltigkeit, Industrie und Zivilgesellschaft, Zukunft und Beschäftigung sowie Zukunftsthemen und Megatrends weiter. Ein besonderer Hinweis gilt dem Wirtschafts-think-tank, dem Föhrenbergkreis. ■

Infos:

Projektwebsite: Education for Global Citizenship: <http://www.globalcitizenship.at>
Preisgeber: North-South Centre des Europarates: <http://www.nscentre.org>

Personalia

Der WWF unter neuer Führung.



Foto: Aleksandra Pawloff

Seit 1. April ist die Umweltbiologin DI Dr. Hildegard Aichberger (32) Geschäftsführerin des WWF Österreich.

„Ich komme aus dem Bereich der Abfallwirtschaft und der Sanierung von kontaminierten Standorten und habe mich bisher in meiner beruflichen Laufbahn dafür eingesetzt, Umweltschäden zu beheben“, so DI Dr. Hildegard.

Ihre neuen persönlichen und beruflichen Ziele sieht Frau DI Dr. Aichberger im verstärkten Schutz der Natur, der Lebensräume bedrohter Tiere und Pflanzen. Um dem anhaltenden Verlust von Leben einen Riegel vorschieben zu können, hat die Biodiversitätskonvention, einen „Stopp des Biodiversitätsverlustes bis 2010“ ausgerufen. Der WWF unterstützt das hehre Ziel und hat sich wie

auch die IUCN, die Weltnaturschutzunion, dem Countdown angeschlossen.

„Österreich hat wie alle EU-Staaten die Biodiversitätskonvention¹ unterschrieben und spielt im ersten Halbjahr 2006 eine tragende Rolle für den nationalen und internationalen Natur- und Artenschutz! Wir werden die Politik an ihre Versprechen, was die gesetzliche Umsetzung betrifft, erinnern“, so DI Dr. Aichberger. ■

1) Die Biodiversitäts-Konvention ist ein auf der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio ausgehandeltes Vertragswerk, das inzwischen von 187 Staaten sowie der EU unterzeichnet wurde.

Artenvielfalt oder Biodiversität (griech. bios: das Leben, lat. diversitas: Vielfalt, Vielfältigkeit) ist ein Maß für die Anzahl der verschiedenen Lebensformen innerhalb eines Lebensraumes und somit die Vielfalt von Flora und Fauna.



ABO-Bestellfax: 01/ 597 68 55 oder: www.glocalist-review.com

Ja, ich möchte als **Privatperson** den Glocalist Review (41 digitale Ausgaben jährlich, Versand als PDF) ab sofort zum Jahrespreis von nur 25,- Euro inkl. MwSt. abonnieren.

Ja, ich möchte als **Organisation** den Glocalist Review (41 digitale Ausgaben jährlich, Versand als PDF) ab sofort zum Jahrespreis von nur 125,- Euro inkl. MwSt. abonnieren.

(Vorteile des Organisationsabonnements erklären wir Ihnen gerne persönlich unter: 0699/11 88 16 43)

Vorname _____

Nachname _____

Firma/Organisation _____

Mail _____

Adresse, PLZ/Ort _____

Tel _____

Fax _____

Das Glocalist Review-Abo kann ich 6 Wochen vor Ablauf der Jahresfrist ohne Angabe von Gründen kündigen. Andernfalls verlängert es sich ein weiteres Jahr.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche ab Bestellung schriftlich widerrufen kann, unter office@glocalist-review.com, oder per Post an „Glocalist Review“ Barmherzigen-gasse 16/7/1, A-1030 Wien. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Header/Poststempels).

Datum _____ Unterschrift: _____